

Inhalt

Kolumnen

- 3 Hermann Schulz
Länderspiel – Freundschaftsspiel
 4 Wolfgang Belitz
**„Umverteilungsgerechtigkeit“ statt
 „Leistungsgerechtigkeit“**

Schwerpunkt: Herrschaft/en – na und?

- 5 Robert Bosshard
Machtspiele
 7 Stefan Hochstadt
Ungleiches Paar: Macht und Gewalt
 9 Thomas Hackenfort
Das stumme Gleichgewicht der Macht
 11 Heinz J. Bontrup
**Bausteine zur Etablierung einer
 Wirtschaftsdemokratie**
 13 Carl-D.A. Lewerenz
**Bio-Strom und Bio-Wärme aus dem Heizungs-
 keller? – Klimaneutral durch Biowasserstoff!**
 15 Christian Schröder
 E
 Z
 18 Hans van Ooyen
**Die Burg zu den Schönen Künsten –
 eine Parabel**
 20 Peter Strege
**Schnitzel mit Laufmasche –
 vom Planerplanen, klugen Menschen, überhöhter
 Vorwisseneitelkeit, und der stillen Sehnsucht nach
 zentralistischer Geborgenheit**

1WURF

- 21 Ralf Syring
**Strukturwandel auch in anderen Regionen:
 Aus der Dominanz eines Staatskonzerns wird der
 wilde Wettbewerb von Abenteurern**

Menschenorte 4

- 22 Sinie Hammink / Manfred Walz
**Bergarbeitersiedlung Flöz Dickebank:
 bei Traudel Tomshöfer**

PALÄSTINA

- 23 A
 E

Impressum ...	Seite 2
Abo-Bestellschein ...	Seite 8
Lesetipps ...	Seiten 6, 12, 14, 21
9. Abrahamsfest Marl ...	Seite 16
Anzeige BerlinStory ...	Seite 6
Anzeige KD-Bank ...	Seite 10
Anzeige Klartext Verlag ...	Seite 17
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Editorial

Das Thema dieses AMOS 3|2009 handelt von Herrschaftsverhältnissen, von Mächtigen in entsprechenden Strukturen, der ihnen eigenen Machtvollkommenheit und ihrem Imponiergehabe. Wir haben dabei das Ruhrgebiet im Blick, weil diese Region Standort zahlreicher großer Firmen ist, auch von etlichen DAX-notierten „global players“. Allenfalls sind Frankfurt a.M., Stuttgart, München vergleichbar. Wir wissen, dass im Ruhrgebiet beispielhafte Entwicklungen des „Strukturwandels“ / der „Strukturvernichtung“ früher stattfinden als in anderen Regionen Europas oder anderer Kontinente, mit deren Entwicklungen wir uns beschäftigen. So mögen zum Beispiel Ralf Syring's „1wurf“ aus dem afrikanischen Kongo und Robert Bosshard's Beitrag „Machtspiele“ aus dem Ruhrgebiet mit Blick auf die Krupp-Dynastie zu Vergleichen anregen und verführen: In einem imperialen Weltmarkt werden die Schätze der Natur (Kohle, Stahl, Diamanten) ausgebuddelt – koste es, was es wolle. Die Menschen werden ausgebeutet und dabei zu elenden Kreaturen gemacht. Nichts als Zerstörung! „Oben“ bestimmen bestimmte Dynastien, oft über Generationen, innerlich hohl und seelisch zerstört, nach außen mit satter Imponiergehabe, nahe am „Hofe“; oder, genauer gesagt: Der jeweilige „Hof“ ist nahe bei diesen „Eliten“. Wer sitzt bei wem auf dem Schoß und am Tisch? Ist doch klar, und so wundert niemanden mehr die blanke Information – zum Beispiel anlässlich der kurz aufblackernden Berichterstattung über den gedeckten Tisch zu Hofe in Berlin, bei Bundeskanzlerin Merkel anlässlich des 60. Geburtstages von J. Ackermann von der Deutschen Bank. Und wer bezahlt die Zeche? Keine Frage.

AMOS fragt nach Alternativen. Ohnmächtig und verzagt den Kopf in den Sand stecken oder innerlich abdrehen – das ist nicht unsere Sache. Auch dazu hier im Heft einiges „Grundsätzlicheres“ wie auch „Konkretes“.

Übrigens gibt es in diesem 3. Quartal kein gemeinsames Heft von AMOS und TRANSPARENT. Nach acht Jahren mit acht gemeinsamen Nummern, immer im Herbst, passte es in diesem Jahr bei beiden Redaktionen nicht. Wir werden sehen, was die Zukunft bringt.

Einer aus dem AMOS-Redaktions- und Herausgebendenkreis – Jürgen Klute – ist seit der Europawahl im Juni 2009 für die Partei Die Linke im Europaparlament. Wir gratulieren und sind gespannt auf originelle Beiträge „von innen“, seine gelegentlichen „Korrespondenzen“ aus Brüssel, Straßburg und aus seinem Wohnort Herne.

Das Heft 4, im Dezember 2009, wird von Bildung handeln, von Erfahrungsberichten gegen den Krummen Gang. Lassen wir uns alle überraschen!

Es grüßt vielmals AMOS.

Impressum

Verlag:
 AMOS c/o Ute Hüttmann
 Hervester Str. 2, D-45768 Marl
 Fon: 02365-501671, Fax: 501673
 E-Mail: huettmann.marl@t-online.de

Redaktion:
 AMOS c/o Hartmut Dreier
 Schumannstr.6, D-45772 Marl
 Fon: 02365-42076
 E-Mail: dreier.marl@freenet.de

E-Mail:
 redaktion@amos-zeitschrift.de
Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

Titelbild:
 Manfred Walz
Schlussredaktion:
 Axel Lippek

Realisation:
 Wodarczak Druck & Medien
 45772 Marl

Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

Herausgabe + Redaktion:
 Wolfgang Belitz, Unna
 Hartmut Dreier, Marl
 Rolf Euler, Recklinghausen
 Friedrich Grotjahn, Bochum
 Rolf Heinrich, Gelsenkirchen
 Ute Hüttmann, Marl
 Wolf-Dieter Just, Duisburg
 Jürgen Klute, Wanne-Eickel
 Carl-D.A. Lewerenz, Herne
 Axel Lippek, Bochum (V.i.S.d.P.)
 Heinz Listemann, Dortmund
 Anna Musinszki, Dortmund
 Hermann Schulz, Wuppertal
 Renate Wangelin, Bochum

Konto:
 AMOS, Kto.Nr. 33 300 120
 Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

Einzelpreis: 4,50 €
Abo-Preis: 18,- € jährlich
 inkl. Versandkosten

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich
ISSN 1615 - 3278

Hermann Schulz

Länderspiel – Freundschaftsspiel

Im Sommer 2008 traf ich mich in Ahlen mit dem tansanischen Pantomimen Nkwabi Ngangasamala in einem Restaurant. Wir kannten uns seit zehn Jahren. Ich wollte den Freund wiedersehen und in einer speziellen Angelegenheit um Hilfe bitten. Ich schrieb an einem Kinderroman zum Thema „Fußball in Afrika“ und suchte jemanden, der mir meine Fragen zum Leben von afrikanischen Kindern beantwortet.

„Du kannst mir alles mit E-Mail schicken. Besser wäre, Du kämest für ein paar Tage zu uns!“

Manchmal entscheidet man spontan und ohne lange zu überlegen. Ich reiste im Oktober nach Bagamoyo in Tansania; dort brachte Nkwabi mich und meine Begleiterin, die Journalistin Sabine Jaeger, mit der Fußballjugend in Kontakt. Einen besseren Türöffner zum Vertrauen der Kinder konnten wir uns nicht wünschen. Als mich Nkwabi fragte, was ich denn genau suchen würde, konnte ich nur antworten: „Keine Ahnung! Ein Autor kann selten beschreiben, was er sucht. Meist finde ich Besseres als das, was ich mir am Schreibtisch ausgedacht habe.“

So war es dann auch.

Bagamoyo ist eine mittelgroße Stadt am Meer, ein Ort mit tragischer und großer Geschichte. Von hier haben viele Forscher ihre Entdeckungsreisen begonnen und beendet; hier war das Zentrum des Sklavenhandels bis ins 20. Jahrhundert hinein; hier hinterließen Deutsche, Araber, Engländer und viele afrikanische Völkerschaften ihre Spuren.

Vor zehn Jahren hat ein frommer Lehrer, Maeda Haji, den „Saadan Social Art Club“ gegründet. Ihm ging es nicht nur um Fußball, sondern um soziale Einbindung, um Ausbildungsplätze, um den Kampf gegen Drogen und Perspektivlosigkeit.

Kein Spieler besaß richtige Fußballschuhe; der Platz glich mehr einem Acker; selten kamen alle Spieler zum Training, weil sie arbeiten mussten. Die mitgebrachten neuen Lederbälle lösten große Begeisterung aus. Nach dem ersten Spiel – den Gästen zu Ehren – rief Maeda Haji die Spieler und Zuschauer zusammen und bat mich, für alle ein Gebet zu sprechen. Ich war völlig überrascht.

„Sind das Muslime oder Christen oder was?“, flüsterte ich ihm zu.

„Bete so, dass es für alle passt“, antwortete er.

Als Missionarskind schüttelt man passende Gebete aus dem Ärmel. Ich löste dieses Problem offensichtlich zur Zu-

friedenheit aller, denn sie applaudierten, als hätte ich das Siegestor geschossen.

Ich hörte eine Menge von ihren Problemen. Was tun, wenn das Fahrgeld zu Auswärtsspielen fehlt? Der Versuch, per Anhalter zu fahren, erwies sich als problematisch, weil die Hälfte der Mannschaft nicht pünktlich ankam. Was tun, wenn der einzige Ball mitten im Spiel den Geist aufgibt?

Reiche Ernte für einen Autor! Sabine Jaeger und ich beschlossen, etwas für diese begeisterten Jugendlichen zu tun.



Das erste Paket mit nagelneuen Trikots erhielten wir von Hansa Rostock. Dann kam es zu einem Gespräch mit dem 1. Vorsitzenden des Fanclubs „BvB-International e.V.“ (Borussia Dortmund), Levent Aktoprak und seinem Geschäftsführer Magnus Memmeler. Sie versprachen eine langfristige Partnerschaft – und machten Nägel mit Köpfen: Schon Anfang Juli gingen einige Kisten mit Fußballschuhen, Bällen, Trikots und Sporttaschen auf die Reise nach Bagamoyo (im Begleitgepäck von Reisenden vom „Freundeskreis Bagamoyo e.V.“ in Beckum). Auf der Mitgliederversammlung des Fanclubs am 25. Juni 2009 wurde die Partnerschaft begeistert begrüßt und eine Spendensammlung beschlossen.

(BvB-International, Konto 39909, Sparkasse Kamen, BLZ 443 513 89. Stichwort: „Bagamoyo“. Spendenquittungen sind möglich.)

Hermann Schulz, geboren 1938 als Sohn eines Missionars, lebt als Autor in Wuppertal. Er schreibt an einem Roman über einen Afrika-Missionar. Im Herbst 2009 erscheint im Carlsen-Verlag der Roman für Kinder „Mandela und Nelson. Das Länderspiel“ (über Fußball in Afrika). Das Kindermusical nach seinem Buch „Die schlaue Mama Sambona“ wurde im August 2009 in Ahlen/Westfalen, uraufgeführt, weitere Vorstellungen im Oktober in Sansibar und Bagamoyo aufgeführt.

Foto: Rudolf Blauth

Wolfgang Belitz

„Umverteilungsgerechtigkeit“ statt „Leistungsgerechtigkeit“

Ich bin ein gnadenloser Bewunderer des Wirtschaftsministers Karl-Theodor (usw.) Freiherr von und zu Guttenberg. Ein Prachtexemplar der jungen konservativen Elite des neoliberalen Kapitalismus betritt in dem Augenblick die öffentliche Bühne, als der neoliberale Kapitalismus vor aller Augen unwiderruflich zusammengebrochen ist.

Mitten in der sogenannten Finanzkrise hatte der amtierende Bundeswirtschaftsminister sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Nichts war in diesem Falle einfacher, als einen geeigneten Nachfolger zu finden. Denn gefragt waren nicht ökonomischer Sachverstand, wirtschaftspolitische Erfahrung und Kompetenz in Krisenmanagement. Der Regierungsproporz der Großen Koalition sieht vor, dass das Wirtschaftsministerium der CSU gehört. Zum andern war das zweite CSU-Ressort in bayerischer Hand, also kam in diesem Fall nur ein Franke in Frage. So wurde ohne jegliche weitere Überlegung der fränkische CSU-Politiker Guttenberg aus Guttenberg am 10. Februar 2009 zum Wirtschaftsminister ernannt.

Selbstverständlich spielte es dabei keine Rolle, dass der junge Mann, der seit 2002 Mitglied des deutschen Bundestages ist, sich bislang nicht mit Wirtschaftspolitik befasst hatte. Vielmehr war er in Berlin Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuss und Sprecher der CDU/CSU-Fraktion für Abrüstung, Nichtverbreitung von Atomwaffen und Rüstungskontrolle.

Die deutsche Wirtschaft und die konservative Öffentlichkeit waren von der Auswahl begeistert. Arbeitgeberpräsident Hundt verkündete stolz, nun habe man endlich einen Wirtschaftsminister, der sich der Belange der mittelständischen Wirtschaft kompetent werde annehmen können, denn die Presse hatte davon berichtet, dass der junge Mann bislang eine Großhandelsfirma für Trockenbau, Isoliertechnik und Dämmstoffe mit dem Namen „Von Guttenberg GmbH“ sehr erfolgreich geführt habe. Leider eine Falschmeldung, die der Namensgleichheit aufgesessen war. Richtig ist dagegen, dass unser neuer Mann einmal geschäftsführender Gesellschafter der Beteiligungsgesellschaft „Guttenberg GmbH“ war, deren Aufgabe die Verwaltung des eigenen Vermögens(!) ist.

Jeder weiß, dass ein solcher Mann natürlich Jura studiert hat (noch dazu mit exzellenter Promotion), aber leider lediglich in Bayreuth und München, also mehr Heimatkunde als Weltläufigkeit, die er heute ausstrahlen soll. Harvard oder die London School of Economics Law habe ich in der Vita nicht aufspüren können. Dafür bietet sie andere Akzente. Der Mann hat nach dem Abitur im Jahre 1991 seinen Grundwehrdienst im Gebirgsjägerbataillon 223 in Mittenwald abgeleistet und ist als Unteroffizier der Reserve ausgeschieden. Wer sich dafür interessiert, sollte sich einmal die Geschichte und die Traditionspflege dieser militärischen Einheit genauer ansehen.

Meine Bewunderung indes wird grenzenlos, wenn ich von der Wirkung dieses Mannes in der Öffentlichkeit lese.

Er ist der Liebling der Medien und der Massen! „Baron der Herzen“, „größte politische Entdeckung seit Angela Merkel“, „kantiger Klartexter“, ein Mann mit „Profil und Authentizität“, so lauten einige der hagiographischen Spitzenformulierungen der überregionalen Presse. Und die Massen folgen dem gerne. Derzeit sehen 73 Prozent der Bevölkerung in ihm den beliebtesten Politiker, noch vor Angela Merkel.

Wie ist so etwas zu erklären? Ein Teil der Antwort liegt in der Erscheinung des Mannes und an seinem Auftreten: jung, dynamisch, eloquent, selbstbewusst, gut gekleidet, gut gegelt (was keiner zu erwähnen vergisst), mit dogmatischer Stimme, die jeden Widerspruch erstickt, mit symmetrischer Körpersprache und guten Manieren. Er ist der erste Politiker in Deutschland, dessen mediale Erscheinung genügt, damit sein Publikum ihn für ein überragendes politisches Talent mit großer Zukunft hält.

Inhaltlich-politisch steht er heute allerdings gänzlich mit leeren Händen da. In der unendlichen Opelgeschichte hat er nichts erreicht. Erst ist er der große „Rüberflieger“, dann spielt er den Insolvenzverwalter. Er lässt eine Anwaltskanzlei Gesetzesentwürfe erstellen unter Missachtung der Kompetenz der eigenen Leute und der Zuständigkeiten des Justizministeriums. In seinem Haus wird ein „Industriepolitisches Gesamtkonzept“ verfertigt, das wegen seiner gnadenlosen Erneuerung aller neoliberalen ideologischen Versatzstücke nach dem Scheitern des Neoliberalismus Verwunderung und Empörung auslöst. Da geht er sofort auf Distanz und fällt seinen Leuten in den Rücken.

Vorerst begnügt er sich, in der Regel mit leicht schnarrendem Tonfall und angestrengt konzentrierter Miene, apodiktische Plattitüden von sich zu geben – wie „sorgfältig prüfen“, „ein gerüttelt Maß an Fragen“, „erheblicher Klärungsbedarf“, (Märkte seien) „erwiesenermaßen effizient“. Auf der flüchtigen Suche nach inhaltlichen Positionen fand ich im Internet eine regelrechte Offenbarung: Nach Guttenbergs Auffassung ist die Wirtschaftsdebatte „in eine Schiefelage geraten. Das Wort Gerechtigkeit erfreut sich großer Beliebtheit.“ Es gebe in Deutschland eine „Umverteilungsgerechtigkeit“ und keine „Leistungsgerechtigkeit“. Das ist nichts anderes als das üble und übliche neoliberale Zerrbild der sozialen Realität. Eine klare sozialetische Interpretation seines Diktums würde den jungen Mann als radikalen Hardliner der Fortsetzung der Politik der neoliberalen Umverteilung zum Schaden der Armen und Arbeitslosen, der Arbeiter und aller abhängig Beschäftigten entlarven. Das Volk aber sieht in ihm den bedeutendsten Politiker der Gegenwart. So funktioniert die Mediendemokratie.

Wolfgang Belitz ist Mitherausgeber und seit 10 Jahren ständiger Kolumnist des AMOS. Er ist seit 1970 Sozialpfarrer der Ev. Kirche von Westfalen und lebt in Unna.

Der ungekürzte Text dieser Kolumne findet sich auf der AMOS-Homepage: www.amos-zeitschrift.de ► aktuelle Ausgabe ► Kolumnen ► Belitz

Robert Bosshard

Machtspiele

Was zwingt die Bonzen eigentlich? Ganz offensichtlich haben sie doch das Interesse an der Region verloren, und trotzdem, auch wenn sie längst schon kundtun, aus dem Ruhrgebiet sei nichts mehr rauszuholen, planen sie noch immer die den Arbeitern endlich zugewachsenen Gärten, verspekulieren die der Bevölkerung schließlich angemessenen Werkswohnungen, privatisieren deren im Gemeinsinn besetzten öffentliche Räume, spekulieren mit Eliteschulen und vernachlässigen die Allgemeinbildung. Was treibt die nur an? Denn objektiv hat das Kapital der Schwerindustrie hier ausgedient, nichts mehr zu verlieren und nichts mehr zu gewinnen, nachdem es (mit den Schwerpunkten 1870, 1914-18, 1939-45) die hiesigen Ressourcen definitiv verschwendet und aufgebraucht hat. – Aber die Wirtschaftsbarone und deren Vorstände triezen das Volk wie eh und je, als müssten sie auch noch rückwirkend die Bevölkerung disziplinieren, gegen die kleinen Reserven der überkommenen Altarbeiterfamilien angehen, die zur Beschäftigungslosigkeit Gezwungenen zu Armen machen und lokal rückläufige Kapitalrenditen dem Preis der Arbeitskraft anlasten. Was erwarten die, wenn sie den asozialen Graben zwischen dem punktuell noch florierenden Süden und dem in frühindustrielle Zustände zurückfallenden Ruhrgebietsnorden mit all den ihnen zu Verfügung stehenden Gesetzen und Medien zementieren, wenn sie, nachdem sie ihre Stammebelegschaften ausbluten ließen, ihre Konzernspitzen aufs Gelände ihrer ehemaligen Panzerfabriken zurückbringen, was nur veranlasst sie, ihre hinterlassenen Ruinen zu den pompösesten Kulturarenen des alten Europa umzugestalten! Wollen sie ein Exempel statuieren, vorführen, wie eine im Umbruch zur chaotischen Postmoderne fallengelassene Industrieregion kostengünstig kaltgestellt werden kann, wie eine durch die wirtschaftliche Entwicklung sich betrogen fühlende proletarische Bevölkerung paralysiert und damit ihr natürlicher Widerstandswille abgeblockt werden kann ... um damit wiederum die eigenen Finanz- und Kapitalkräfte mit Macht und Glorie in die nächste Dekade hinüberzuretten? Es könnte ja sein, dass es um eine Demonstration der abstrakten, eben strukturellen Gewalt geht, um eine Art Imponiergehabe der den Finanzmarkt Beherrschenden, um im öffentlichen Bewusstsein die überkommenen kapitalistischen Eigentumsverhältnisse wie per Grundgesetz zu verstetigen. (Dass dabei, zwecks Verschleierung der eigentlichen Machenschaften, die steuerflüchtigen Zumwinkels, börsensüchtigen Mehdorns, statistikbesessenen Hartzens, überwachungswahnsinnigen Schäubles, finanzfundamentalistischen Ackermannen und rekordversessenen Pleitgens als lachhafte Spielfiguren dieses politischen Systems dem Populismus quotenorientierter Massenmedien zur Verfügung gestellt werden, geschieht wohl im Glauben, dass dadurch, eben hinter dem Rücken dieser zu Politclowns niedergemachten Verwaltungsweisen, dem von der Gesamtbevölkerung abstrahierten, kreditgesteuerten Machtapparat ein unanfechtbarer Handlungsraum gesichert sei. Klar, dass, wenn es so wäre, diese für ihre Drecksarbeit mit dicken Millionen abgefunden werden müssen; konsequent nur, wenn diese, in ihrer Rolle als totalitäre Gesellschaftsvergewaltiger und Vollzugsdemokraten, keinerlei Unrechtsgefühl zu

entwickeln vermöchten; nur logisch also, wenn unter ihrem Management das syndikalistische Moment der Ruhrkultur destabilisiert und dessen im Lauf der Industrialisierung hoch entwickelte Solidarkraft systematisch dekonstruiert würde.) Neu jedenfalls wäre das nicht.

Nehmen wir die Geschichte der Krupps: Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts war es eine Wirtschaftskrise und in deren Folge eine betriebliche Insolvenz, welche das Wirtschaftsimperium in Form brachte. Damals hatte Friedrich Krupps Witwe nach dem finanziellen Kollaps in die Zeitung setzen lassen, ihr Mann habe auf dem Sterbebett seinem Nachfolger Alfred das Geheimnis des Gussstahls verraten. Der Junge soll dieser mütterlichen Täuschung regelrecht verfallen sein und fühlte sich gezwungen, jenem fiktiven Gussverfahren, sei es mittels Industriespionage, fachlicher Initiativen oder raffinierter Ränkespiele gegen die Konkurrenz, unbedingt auf die Spur zu kommen, und zwar derart aufopferungsvoll, dass er die ganze Belegschaft in sein Wahnsystem einzubeziehen vermochte, den Werkträgern Uniformen mit Abzeichen als Arbeitskleidung verordnete, exklusive Werkswohnungen und eigene Betriebskrankenhäuser aufbaute, sie zwang in firmeneigenen Konsumanstalten einzukaufen und im Umfeld der 1848er-Unruhen sogar die erste Werkspolizei einführte, sodass er mit Stolz verkünden konnte, eine unternehmenseigene Rasse, eben die Kruppianer, herangezüchtet zu haben. Natürlich ging es schon damals wie heute, er kaufte zu völlig überzogenen Preisen die seine Allmachtsfantasien störende Konkurrenz auf, expandierte weit über seine Wirkungsmöglichkeiten hinaus, und verfügte schließlich über mehrere hundert Minenbeteiligungen und eine eigene Schiffsflotte, bis dann, eben wie wir es kennen, rundum die Banken zusammenkrachten. Es war die große Gründerkrise „ausgebrochen“, und wieder führte diese nicht zur Infragestellung, sondern im Namen des etablierten Wirtschaftssystems zur Stabilisierung der kruppschen Eigentumsrechte, und zwar diesmal dank des Kaisers, der das zahlungsunfähige Unternehmen wieder zahlungsfähig machte, um damit das kruppsche Imperium dem Staat gefügig zu machen. Und sein Sohn Fritz, zum einen ein wahrer Zauberlehrling seines in das kruppsche Unternehmen verliebten Vaters und zum anderen verwöhnt von der im Liebeshunger frustrierten Mutter, wurde zu einem nach heutigen Maßstäben idealen Manager der Ränkespiele zwischen imperialen Expansionsinteressen und industriellen Wachstumswünschen, sodass bald schon das Industrieprodukt Kruppstahl als Symbol für den Aufschwung des Kaiserreichs fungierte. Da er aber im Größenwahn unantastbarer Prominenz ein lächerlich peinliches Intimleben öffentlich vorführte, musste er schließlich umständlich kompliziert sterben, was die Kaiserlichen per Medienkampagne nutzten, um die Sozialdemokraten, welche Fritzens Italienskandal verhöhnt hatten, als Mörder, also verantwortlich für Fritzens Selbstmord erscheinen zu lassen. Und siehe da, schon wieder war im gleichen Atemzug eine konjunkturell bedingte sogenannte Finanzkrise gemeistert, indem diesmal der Waffenproduktion absolute Priorität gegeben wurde. Der Kaiser persönlich designierte zwecks Erhal-

tung der engen Bindung an die Krupps ein exaktes Ebenbild von sich selbst, den Gustav „Krupp“ von Bohlen und Halbach, zum (sechzehn Jahre älteren) Gatten (der soeben volljährig gewordenen) legitimen Krupptochter Bertha, und ließ „in väterlicher Zuwendung“ auch im Namen seines gesamten Kabinetts, welches inklusive Kanzler und dem Generalstab von Heer und Marine komplett an der Heiratszeremonie in Essen teilnahm, „seine Tochter“ in Jubeltönen hochleben. Die auffälligsten Charakterzüge Gustavs drückten sich in seiner absoluten Bereitschaft zur Unterordnung unter jede von ihm als übergeordnet empfundene äußere Autorität aus und dem entsprechend in einem wahnwitzig anmutenden Anspruch auf Pünktlichkeit seiner Abhängigen. Jedes Verlangen nach Weile und Wärme wurde von ihm als Schwäche ausgelegt, ein irrer Kontrollzwang charakterisierte den gesamten Konzern, peinliches Herumschnüffeln im Privatleben aller Beschäftigten und ein uneingeschränktes Misstrauen gegenüber jedem eigenständigen Denken beherrschte die Stimmung, was ihn zum unhinterfragbaren deutschnationalen Idealpatrioten modellierte und propagandistisch seinen Konzern zur „Waffenkammer des Reichs“ hochstilisierte. In Übereinkunft mit den faschistischen Ideologien ließ er den Werkschutz die ihn sozialdemokratisch anmutenden Kruppianer zum Verhör in die Gestapozentralen begleiten, und war bald auch zum größten Geldsammler für Hitler geworden. Sein ältester Sohn Alfried, als Minderjähriger bereits förderndes Mitglied der damals noch als kriminell eingestuften SS, musste zwar, endlich selbst am Ruder, trotzdem die fünfundvierziger Niederlage hinnehmen, schaffte es jedoch gleichfalls wie schicksalsmächtig, trotz Verurteilung im Rahmen der Nürnberger Prozesse die ökonomische Potenz des kruppschen Kapitals in aller Öffentlichkeit zu rehabilitieren und damit dem althergebrachten Wirtschaftswunder des Reviers den roten Teppich ausrollen zu lassen. Bis dann eben anlässlich der Insolvenzen im Rahmen der das kruppsche Ruhrgebiet schwer treffenden Kohle- und Stahlkrisen der Staat wieder mal die Verantwortung für die Entsorgung der Soziallasten und anderen industriell hergebrachten Zerstörungen, also für die fehlgeleiteten kruppschen Hinterlassenschaften, übernahm, worauf, finanziell entlastet, das kruppsche Kapital profitablere Regionen aufsuchen konnte ... und zum Dank in Form der Stiftung Villa Hügel den gefallenen Kruppianern ein Denkmal setzte.

All diese zutiefst archaisch anmutenden Machtspiele wirken wie vom Schicksal so gewollt, sodass viele der davon Betroffenen sich von den sie verantwortenden Kulturträgern und Wirtschaftsweisen abwenden und, also müde gemacht und der Politik müde, zur Rettung ihres minimalen Wohlstands ihre alltäglichen Demütigungen und die daraus resultierenden Aggressionen privatisiert mit sich selbst ausleben. Dabei wird bekanntlich das Soziale und also der Gemeinsinn ins kumpelhaft Gesellige verschoben, und man erfährt den gesellschaftlichen Zusammenhang primär über die eigene Leistungsfähigkeit, wird im Schwerpunkt über Konsum und Gesundheitspflege vermittelt sozialisiert. Nur wenige Privilegierte vermögen dann die Balance zwischen dem Bedürfnis nach Kreativität (Veränderung der störenden Aspekte der herrschenden Zustände) und dem nach Sicherheit (Schutz der privat erarbeiteten Sphären) von sich aus noch im Gleichgewicht zu halten, denn der in der Masse der Käufer von Marken, und im Block der Besucher von Events isolierte Rezipient ist haltlos in seiner Vereinzelung, ist hin- und hergerissen zwischen Hysterie und Langeweile, und vermag sich nur noch

in Form der Maximierung des Verbrauchs auf der Höhe der Zeit zu halten. Für eine friedfertige Zukunft bedarf es jedoch kreativer, politisch gefestigter und kulturell beförderter kollektiv erlebbarer Umgangsformen mit der eigenen Wut auf die vorherrschenden finanzpolitischen motivierten Machenschaften, mit der Angst vor der leichtsinnigen alltäglichen Gefährdung des sozialen Friedens im Revier. Es geht um die Entwicklung von Widerstandsperspektiven gegen die durch ruhrgebietsferne Profitinteressen forcierten sogenannten Privatisierungen und gegenüber der systematischen Verwahrlosung vermeintlich unrentabler Zonen des Reviers. Anstelle der herrschenden, wie unfassbar abstrakt sich gebärdenden strukturellen Gewalt muss ein auf die Region bezogener kritischer Anstand erzwungen werden.

Robert Bosshard, siebzighjährig, vor vierzig Jahren als Industriosozologe ins Ruhrgebiet zugezogen und hier zum Kulturinterpreten umerzogen (robert.bosshard@kamp-dsl.de)

Lesetipp

ALLES ÜBER BERLIN

10 000 BERLINBÜCHER · BERLIN IN 12 SPRACHEN

**Herrschende, Beherrschte und Aufsässige.
Mainstream und Verqueres. Literatur,
Kunst, Stadtpläne, Schnäppchen.**


BERLIN STORY
BUCHHANDLUNG & VERLAG

BERLIN STORY
Wieland Giebel GmbH
Unter den Linden 26
10117 Berlin

Tel. 030/20 45 38 42 · Fax 030/20 45 38 41

Service@BerlinStory.de

Jeden Tag geöffnet von 10 bis 19 Uhr,
auch am Sonntag und überhaupt immer

Film

Ausstellung »THE MAKING OF BERLIN« Stadtmodell

Buchhandlung

Verlag

Café im Hof

Bühne/Berlin Story-Salon

Historiale – das Geschichtsfestival

"Every city should have a bookshop like Berlin Story which feels like you've just walked into a life-size history lesson."

WWW.BERLINSTORY.DE

Stefan Hochstadt

Ungleiches Paar: Macht und Gewalt

Von Macht, Herrschaft oder Gewalt zu sprechen, erweckt leicht den Eindruck, eine außergewöhnliche Sache in den Blick zu nehmen. Wäre etwa Gewalt alltäglich, würde es sich kaum lohnen, großes Aufheben darum zu machen. Und tatsächlich beobachten wir den abnehmenden Nachrichtenwert „gewöhnlicher“ Gewalt und unsere zunehmende Gelassenheit angesichts der schieren Normalität ihrer Existenz. Es muss schon ein besonders perfides Moment hinzukommen, eine emotionale oder affektive Betroffenheit zu erzeugen – Kindsmord nach vorangegangenem sexuellem Missbrauch mag als Beispiel dafür genügen. Auch terroristische Gewalt oder die von diktatorischen Regimes offen repressiv verwandte Gewalt verursachen beim Bewohner einer westlichen Demokratie die Forderung nach geeigneten Gegenmitteln, die durchaus auch gewalttätiger Natur sein dürfen (weshalb von einer zivilisatorischen Ächtung von Gewalt nicht gesprochen werden kann).

Bereits in dieser ersten Näherung wird das doppelte Gesicht von Gewalt offenbar: Gewalt ist sowohl eine individuelle Erfahrung als auch eine kollektive Maßnahme, möglicherweise verursacht von einer kleinen Gruppe von dazu befähigten Menschen. Bei noch stärkerer Vergrößerung werden die Probleme erkennbar, zwischen den genannten Epitheta zu unterscheiden: Was genau ist der Unterschied zwischen Macht und Gewalt, Macht und Herrschaft, Gewalt und Herrschaft, wenn wir denn in der Lage sind, jedes für sich zu begreifen und zu erklären? Und weiter: Muss nicht dringend zwischen „individueller Gewalt“ (also Gewaltverbrechen) und „staatlicher Gewalt“ (also Repressionsapparate) unterschieden, muss nicht „vertragskonforme Herrschaft“ (Privatbesitz von Produktionsmitteln und Anwendung von Arbeitskraft) von „violenter Herrschaft“ (gewalttätige Durchsetzung von Interessen) getrennt werden?

Hannah Arendt: Macht und Gewalt

Hannah Arendt stellte schon vor 40 Jahren die weitgehende Gleichsetzung von Macht und Gewalt fest, aus der eine verhängnisvolle Tendenz resultiert: Insbesondere in weiten Teilen der europäischen Studentenbewegung der 60er Jahre war die Auffassung verbreitet, Gewalt sei notwendiger Bestandteil bei der revolutionären Entstehung einer neuen Gesellschaft, sei ihrem Wesen nach kreativ oder für die Erschaffung des Menschen wesentlich. Gewalt wurde als Mittel zum Zweck verabsolutiert, gar zum Selbstzweck erklärt. Damit aber geht das Ziel – die Freiheit, der neue Mensch, die neue Gesellschaft – verloren und wird von dem Mittel ersetzt, das wie alle Mittel die Tendenz hat, sich zu verselbständigen und die Ziele zu dominieren. Statt der erstrebten Freiheit etabliert sich ausufernde Gewalt.

Nach Arendt unterscheiden sich Macht und Gewalt jedoch radikal. Macht entspringt nach ihrer Auffassung der menschlichen Fähigkeit, miteinander zu reden und zu handeln, während Gewalt den Einsatz von Mitteln durch eine Gruppe oder

einen Einzelnen kennzeichne. Die Feststellung, dass Macht nicht ein von einem wollenden Subjekt oder einem subjektiven Willen Erzeugtes ist, sondern das, was zwischen Menschen entsteht, wenn sie zusammen handeln, macht den Unterschied zur Gewalt deutlich. Gewalt wird von Einzelnen angewandt, von dem wollenden Subjekt, sie ist stumm und zwingt den anderen einen bestimmten Willen auf.

Damit formuliert sie eine Position, die keineswegs von allen geteilt wird. So definierte Max Weber den Staat als „ein auf das Mittel der legitimen Gewaltsamkeit gestütztes Herrschaftssystem von Menschen über Menschen“. Einfacher noch machte es sich Mao Tse-tung mit seinem berühmten – und zu Recht als anti-marxistisch verurteilten – Satz: „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen.“ Selbst ein Wortführer der Studentenbewegung wie Jean-Paul Sartre verstieg sich zu einer idealistischen Haltung: „Diese ununterdrückbare Gewalt ... das ist der Mensch, der sich selbst schafft“ – erst in der „außer sich geratenen Wut“ werden „die Verdammten dieser Erde“ zu Menschen. Dieser Losung schloss sich bekanntlich der sich militarisierende Teil der deutschen Studentenbewegung, die spätere RAF, an. Rudi Dutschke dagegen drehte „Gewalt“ absichtsvoll in die demonstrative Gewaltlosigkeit: „Unsere Gewalt gegen die unmenschliche Staatsmaschinerie, gegen die Manipulationsinstrumente ist die organisierte Verweigerung. Wir stellen uns mit unseren unbewaffneten Leibern, mit unserem ausgebildeten Verstand den unmenschlichsten Teilen der Maschinerie entgegen“.

Machtvolle soziale Beziehungen

Nicht nur mit Arendt lässt sich festhalten: Nicht der einzelne, sondern die Menschen in ihrer Beziehung zueinander sind die Basis für das menschliche Sein. Wer jemand ist, zeigt sich erst in der Beziehung zu den anderen, und Welt sowie Realität entstehen nur in dem Maße, wie sich diese Beziehungen entfalten. Es ist ein Netz solcher Beziehungen, in das die Sprechenden und Handelnden hineinagieren und auf diese Weise zu Angehörigen einer miteinander handelnden, hinsichtlich der Folgen ihren Tuns nicht vorhersehbaren Welt werden. Eine solche Sichtweise miteinander in Beziehung stehender Menschen wirft ein neues Bild auf die gängigen politischen Phänomene: Politik findet dabei in einem horizontalen Raum statt, während Gewalt und Lüge diesen Raum zerstören.

Von Marx stammt die Feststellung, dass die Geschichte eine Geschichte der Klassenkämpfe sei. Darin liegt ein „gewalttätiges Moment“, das aber anders als z.B. bei Sartre nicht „Gewalt“ in die Position eines Subjekts bringt, sondern die ihr zugrunde liegenden Prozesse. Natürlich war auch Marx sich der Rolle der Gewalt in der Geschichte bewusst, aber für ihn war sie sekundär; nicht Gewalt, sondern die der alten Gesellschaft inhärenten Widersprüche würden ihr ein Ende bereiten und in die Revolution führen. Das Aufkommen einer neuen Gesellschaft werde durch gewaltsame Ausbrüche eingeleitet, nicht jedoch verursacht. Die Gewalt ist die Geburtshelferin

der Geschichte, und sie macht Geschichte oder Revolution so wenig wie die Hebamme das Kind erzeugt oder gebiert. In derselben Weise betrachtet Marx den Staat als ein Instrument der Gewalt im Dienst der herrschenden Klasse; doch die wirkliche Macht der herrschenden Klasse beruht nicht auf deren Gewaltmitteln und verlässt sich nicht auf sie. Sie ist definiert durch die Rolle, die diese Klasse in der Gesellschaft bzw. dem gesellschaftlichen Produktionsprozess spielt.

Revolutionen sind nicht willkürlich

Diese Analyse passt gut mit Engels' Postulat von der Nutzlosigkeit und Schädlichkeit aller Verschwörungen zusammen. Nach seiner Auffassung lassen sich Revolutionen nicht absichtlich und willkürlich machen, sondern sind überall und zu jeder Zeit die notwendige Folge von Umständen, welche von dem Willen und der Leitung einzelner Parteien und ganzer Klassen durchaus unabhängig sind.

Gerade in der Auffassung von Marx und Engels steckt eine weitere Einsicht in die Genetik von Gewalt, Herrschaft und Macht: Sie sind – egal wie unterschiedlich im Detail und auch im Grundsatz – stets rückgebunden an eine größere gesellschaftliche Wirklichkeit. Sie einzusetzen im Sinne eines Mittels ist nur möglich bei entsprechender gesellschaftlicher Vor-Bedingung. Liegt der „gesellschaftliche Durchschnittswillen“ nicht vor, lässt sich auch von einer entschlossenen Gruppe von „Avantgardisten“ (wie Lenin sie genannt hätte) keine revolutionäre Umwälzung der gesellschaftlichen Grundlagen auf Dauer erzielen.

Subtile ...

Darüber hinaus aber lehrt diese Position, dass Macht, Gewalt und Herrschaft eben nicht aus dem Alltag herausgehobene Besonderungen sind, sondern ganz im Gegenteil ihre gesellschaftliche Brisanz überhaupt erst vermittelt ihrer Alltäglichkeit erzielen. Insbesondere die nicht auf Handlung und Kommunikation basierenden Gewalt und Herrschaft vollziehen sich subtil in ihrer gesellschaftlichen Normalität. Über den Vollzug betrieblicher Herrschaft manifestieren sich weitreichende Gewalttätigkeiten. Die Unterordnung der menschlichen Kreativität, und das heißt vor allem der menschlichen Produktivität, unter die Logik einer kapitalistischen Mehrwertproduktion führt nicht nur zu einer Umkehrung der Verhältnisse, in denen das Objekt Subjektstatus reklamieren darf, während das Subjekt als solches unwahrgenommen bleibt. Sie führt vor allem auch zu einer Rationalität, die im Zweifelsfall konsequent von jeglichen sonstigen lebensweltlichen Anforderungen absieht. Diese Unterordnung geschieht in entwickelten Gesellschaften mehr oder weniger „freiwillig“ und wird als Teil einer „kulturellen Leistung“ nicht selten nachgerade gefeiert. In internationaler Perspektive ist die „nur noch“ subtil, d.h. ohne offene Anwendung von Gewalt sich durchsetzende Herrschaftsstruktur allerdings keineswegs so „friedfertig“. In vielen Ländern, die Rohstoffe für die kapitalistische Warenproduktion zur Konsumtion in den Kernländern besitzen, findet häufig genug die damit einhergehende gesellschaftliche Enteignung zugunsten einer kleinen Gruppe von Produktionsmittelbesitzern überhaupt nicht unter bloß subtiler Anwendung von Gewalt statt, sondern bei offener, die körperliche und seelische Gesundheit der enteigneten Menschen unmittelbar gefährdender Gewalttätigkeit.

... und offene Formen von Gewalt

Diese offene Gewalt außerhalb der Grenzen der kapitalistischen Kernstaaten kann jedoch nicht über die sich normalisierende Gewalttätigkeit innerhalb dieser Grenzen hinwegtäuschen. Bei sich unter krisenhaften Bedingungen erschwerender Mehrwertproduktion und unter der sich als Wettbewerb euphemisch verkleidender, dem System aber tatsächlich grundsätzlich innewohnender Skrupel- und Maßlosigkeit wird ein wachsender Teil der Bevölkerung ganz und gar nicht subtil der Grundlagen seiner Lebensbedingungen beraubt. Nur über Mittel der Macht gelingt es, die Schuldfrage zu verschieben: Der gesellschaftliche Durchschnittswillen erlaubt es, angesichts genügender großer Produktivität große Teile der Bevölkerung aus der Gemeinschaft der gesellschaftlichen Produktion von Reichtum auszuschließen und doch diesen Teilen selbst die Schuld dafür zuzuschreiben. Die Palette dieser Schuldzuweisungen reicht von fehlender Beschäftigungsfähigkeit über Minderleistungsfähigkeit bis hin zu Schmarotzertum. In jedem Fall wird eine gesellschaftliche Angelegenheit individualisiert. Es ist nicht mehr bsp. der Mangel an bereitgestellten Arbeitsplätzen, sondern die Unfähigkeit oder Unwilligkeit Einzelner, sich den gegebenen Bedingungen entsprechend zu verhalten und sich zu fügen. Es ist also nur folgerichtig, aus den Opfern einer grundsätzlich in diesem Sinne perversen gesellschaftlichen Ordnung die Täter zu machen. Ihnen delinquentes Verhalten vorzuwerfen, das entsprechend geahndet werden muss, kann nur gelingen, wenn größere Teile der Bevölkerung zumindest nicht offen dagegen votieren. Dies ist das stumme Gleichgewicht der Macht, das gleichwohl nicht in Zement gegossen ist.

Dr. Stefan Hochstadt, Diplom-Soziologe, schreibt dann und wann und immer wieder gerne für AMOS und arbeitet ansonsten an der Fachhochschule Dortmund: Leiter des Forschungsbereiches „Planen und Bauen im Strukturwandel“ am Fachbereich Architektur; ist besonders interessiert an allen Fragen zur Stadtentwicklung unter besonderer Berücksichtigung von Ungleichheit in sozialer, ökonomischer, kultureller und räumlicher Hinsicht. Kontakt: Fon: 0231-755 44 45 – E-Mail: hochstadt@fh-dortmund.de – Web: www.demografie-im-raum.de

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von z.Zt. 18,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonnentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 18,- € liegt bei
- Überweisung über 18,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl, Konto 33 300 120
 Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Thomas Hackenfort

Das stumme Gleichgewicht der Macht

Der Versuch, das Wesen der Macht zu beschreiben und mit der je aktuellen politisch-gesellschaftlichen Realität in Einklang zu bringen, kann ohne weiteres bis in die Antike zurückverfolgt werden. Seither haben sich aber nicht nur die Herrschenden mehrmals das Zepter in die Hand gegeben, gleich ganze Herrschaftssysteme lösten sich für immer auf. In den bis heute nachwirkenden Machttheorien Talcott Parsons, Hannah Arendts, Max Webers oder Karl Marx' ist jedoch zumindest der Grundkonsens darüber erkennbar, dass es sich bei Macht um die Erreichung des Ziels eines oder mehrerer Subjekte auf der einen Seite durch tätige Mithilfe eines oder mehrerer Subjekte auf der andere Seite handelt. Gerungen wird jedoch stets um die Rolle der Mitwirkenden: Einerseits wird die Freiwilligkeit ihrer Kooperation auf Basis eines Zielkonsens unterstellt, während eine solche Mithilfe in anderen Interpretationen für erzwungen und damit für den Ausdruck von Herrschaft durch Hierarchie gehalten wird.

Foucault als weiterer Machttheoretiker ist keinem der Lager eindeutig zuzuordnen. Dies hat ihm Anerkennung dafür eingebracht, die marxistische Gesellschaftsstruktur des Basis-Überbau-Modells überwunden zu haben. Tatsächlich aber besteht seine Leistung vor allem darin, Zwang und Freiwilligkeit in ihren Aufscheinungsformen analysiert zu haben. Diese Auffassung haben wir zum Anlass genommen, die Bedeutung und Aktualität der Positionen Foucaults in diesem Artikel und diejenigen Arendts und Marx' im Artikel von Stefan Hochstadt zu thematisieren.

Vor allem die Wiederbelebung, Ausweitung und Differenzierung des Diskurses über Machtssysteme, -beziehungen und -techniken kann in großem Umfang Michel Foucault zugeschrieben werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass – ähnlich wie beim Diskursbegriff selbst – die Rezeption der Arbeiten Foucaults eine durchaus eigene Dynamik entwickelt hat, in deren Folge nicht alles, was mit seiner Autorenschaft in Verbindung gebracht wird, in dieser Form auch tatsächlich auf ihn zurückzuführen ist. Eine grobe zeitliche Einordnung Foucaults soll daher dabei helfen, sein Denken dem Geist der jeweiligen Jahrzehnte gegenüberzustellen.

Bereits in den 1960er Jahren untersucht Foucault Institutionen und Einrichtungen wie beispielsweise psychiatrische Kliniken, Krankenhäuser und bekanntermaßen das Gefängnis als Apparate zur Durchsetzung von Macht. Er fasst sie dabei als je eigenen Gegenstand der sie einbettenden Gesellschaften auf, analysiert sie in der Art und Weise ihres Funktionierens, ihrer konzeptionellen wie auch baulichen Architektur – u und damit nicht etwa als Materialisierung des jeweiligen Strafrechts. Mit diesem Ansatz versucht Foucault, den Blick auf die Dynamiken des gesellschaftlich-definitiven Umgangs mit Delinquenz und abweichendem Verhalten einerseits sowie auf die gewollten Folgen disziplinierender Maßnahmen andererseits zu fokussieren. Auf diese Weise gewinnt er die Einsicht, dass Überwachung und Bestrafung gesellschaftlicher Teile eine durchaus enge Korrelation zu kapitalistischen

Produktions- und Verwertungsprozessen aufweisen.

In Deutschland beginnt die Rezeptionsgeschichte der Veröffentlichungen Foucaults vor allem mit dem Erscheinen der Übersetzungen seiner Texte ab Mitte der 1970er Jahre, also im Anschluss an die 68er-Bewegung sowie deren Nachklang in Form der Gefängnisrevolten nebst ihrer Niederlage. Seit den Anfängen der Untersuchungen Foucaults ist damit nicht nur gut ein Jahrzehnt vergangen, auch die politische Situation hat sich seither stark verändert. Das sozialstaatliche Bemühen um Rehabilitation, Resozialisierung und Integration weckt das Misstrauen Foucaults, der darin vor allem eine Verfeinerung der Machttechniken sieht.

Zu diesem Zeitpunkt hat Foucault seine Machttheorie bereits zu einer allgemeiner formulierten Gesellschaftstheorie ausgeweitet. Das Gefängnis ist nach seiner Sicht nunmehr exemplarisch für eine Gesellschaft, in der die gegenseitige Überwachung (der Panoptismus) sowie die Bestrafung abweichenden Verhaltens nicht nur in der Justiz, sondern in allen gesellschaftlichen Teilbereichen wie dem Gesundheitssystem, dem Bildungssystem, den Sozialsystemen und dem kapitalistischen Produktionssystem an der Tagesordnung ist.

Die Kritik Foucaults an einem Strafrechtsverständnis, das Abschreckung durch Besserung zu ersetzen versucht, für ihn jedoch nur der „sozialdemokratische“ Versuch der gesellschaftlichen Durchdringung immer subtilerer Machttechniken ist, gepaart mit der im anglo-amerikanischen Raum einsetzenden Neoliberalisierung, lassen Foucault schließlich als Vordenker dieses Neoliberalismus erscheinen.

Auch wenn der zeitliche Zusammenhang diese Vermutung plausibel erscheinen lässt, so sind doch Zweifel anzubringen, ob Foucault bei der Theoretisierung der Disziplinierung und Selbstdisziplinierung sowie der Möglichkeiten der Befreiung hiervon tatsächlich die neoliberale Ideologie der Eigenverantwortlichkeit im Sinn hatte. Festzustellen ist vielmehr, dass er den Versuch unternommen hat, die Bedeutung des Subjekts innerhalb gegebener Herrschaftsverhältnisse zu analysieren und dessen gesellschaftliche Position zu bestimmen. Seine Analyserichtung verläuft praktisch immer von einer Mikroebene hin zu einem gesamtgesellschaftlichen Betrachtungs-niveau, bei der von ihm so genannten Mikrophysik der Macht geht es ihm daher immer zunächst um die kleinstrukturelle soziale Praxis der Machtbeziehungen und ihrer Organisation.

Allen inneren Widersprüchlichkeiten der Thesen Foucaults zum Trotz – er hebt einerseits die institutionelle und funktionale Bedeutung des Gefängnisses hervor, relativiert es jedoch gleichzeitig als intrinsisches Gesellschaftsprinzip – lassen sich aus seinem Blickwinkel auch heute noch wichtige Erkenntnisse zur aktuellen Struktur der Herrschaft und der Art und Weise, wie ihr die Menschen unterworfen sind und/oder mit ihr kooperieren, gewinnen. Insbesondere die von Foucault untersuchte Disziplinierung der Gesellschaftssubjekte durch

immer ausgefeiltere machtsstrukturelle Kontroll- und Normierungsformen, die zudem immer tiefer in das Leben aller Menschen einer Gesellschaft hineinwirken, muss heute mit viel größerer Dringlichkeit kritisch thematisiert werden.

Die Verortung gesellschaftlicher Subjekte im Koordinatensystem der Macht ist dabei eine notwendige Voraussetzung für die Bestimmung ihrer Wirkungsrichtung. Sie zeigt zudem an, welche Diskurse vorherrschen, wo sich Meinungsführerschaft lokalisieren lässt, welche Präferenzsysteme tonangebend sind und wem darin Gestaltungspotentiale zukommen. In gleicher Weise macht sie deutlich, welche Gruppierungen, Überzeugungen und Werte marginalisiert sind. Der Versuch einer solchen Verortung ist das, was noch am ehesten auch in den aktuelleren Machtanalysen zu finden ist – wobei solche Analysen durchaus (bewusst oder unbewusst) selbstbestätigend motiviert sein können, Foucaults „Ordnung der Dinge“ lässt grüßen.

Schon seltener wird hingegen der meist still verlaufende Verhandlungsprozess der Machtakzeptanz zum Thema, und dabei ist gerade er es, der die gesellschaftliche Balance aufrechterhält. Der Streit um einzelne Themen kann durchaus mit Hingabe und in ansehnlicher Breite geführt sein, was jedoch kaum dazu führt, dass Positionen oder gar Strukturen in Frage gestellt werden. Die aktuelle und sich bereits abschwächende Debatte um notwendige Systemänderungen als notwendige Lehre aus der Finanzkrise wird dies vermutlich noch auf erschreckende Weise zeigen.

Der Grund hierfür ist aber vor allem die auch Foucault nicht gelungene Rückgewinnung des Subjekts, des einzelnen handelnden Menschen in der Gesellschaft. Die durchdringende, Unbehagen bereitende Überzeugung, angesichts der vorherrschenden Machtstrukturen und -beziehungen als Individuum machtlos zu sein, veranlasste Foucault noch dazu, die Skizze einer „neuen Erklärung der Menschenrechte“ zu entwerfen. Die Frage bleibt unbeantwortet, ob damit allein ein tatsächlich zufriedenstellenderes Gleichgewicht der Machtverläufe erreicht worden wäre. Weit weniger zweifelhaft ist indes, dass es angesichts der Debatten um Politikverdrossenheit, soziale Gerechtigkeit oder der Forderungen nach stärkerer Bürgerbeteiligung in der Tagespolitik an der Zeit ist, die Frage nach der Beziehung zwischen Macht und Herrschaft, zwischen Kooperation und Zwang einmal mehr neu und vor allem demokratisch motiviert zu beleben. Das Ziel Foucaults, den einzelnen Menschen trotz seines natürlichen und unüberwindlichen Willens nach gesellschaftlicher Einbettung auch als handlungsfähiges und gestaltendes Subjekt innerhalb der Machtbeziehungen zu gewinnen, hat dabei keinerlei Aktualität eingebüßt.

Thomas Hackenfort, Master of Science (Architektur), Dipl.-Betriebsw., Doktorand an der Bergischen Universität Wuppertal und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fachhochschule Dortmund, beschäftigt sich seit mehreren Jahren mit den Verbindungslinien zwischen der Architekturtheorie und der Soziologie. E-Mail: thomas.hackenfort@fh-dortmund.de



Wir sind Ihre Bank.

360° Beratung heißt für uns, dass wir unsere Kunden, die besonderen Wert auf eine verantwortungsbewusste Anlage ihrer Gelder legen, optimal unterstützen. So bringen wir die Aspekte Rendite, Sicherheit, Verfügbarkeit und Nachhaltigkeit in gleicher Weise in unsere Anlageberatung ein.

Sprechen Sie uns an – gemeinsam mit Ihnen erarbeiten wir ein Anlagekonzept, das optimal auf Ihre Wünsche und Ziele zugeschnitten ist.

TKD-BANK
Die Bank für Kirche und Diakonie

Heinz J. Bontrup

Bausteine zur Etablierung einer Wirtschaftsdemokratie

In den demokratisch verfassten Ländern der kapitalistischen Welt besteht eine tiefe Spaltung: Der staatliche Überbau ist parlamentarisch über ein interessenvertretendes Parteiensystem verfasst und der wirtschaftliche Unterbau in den marktgetriebenen Gesellschaften ist zutiefst durch autokratisch/autoritär determinierte bzw. geführte Unternehmen ausgesteuert. Diese Dichotomie wird in den hochentwickelten kapitalistischen Industrieländern von vier pervertierenden Globalentwicklungen zunehmend gekennzeichnet:

Erstens von doppelten Umverteilungen zu Lasten der meisten abhängig Beschäftigten in Verbindung mit Massenarbeitslosigkeit und der Etablierung von prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Zweitens ist es zu massiven wettbewerbs-immanenten Unternehmenskonzentrationen und in Folge zu einer stark zunehmenden missbräuchlichen Ausübung von Marktmacht auf vielen Märkten durch Großunternehmen und international sowie transnational aufgestellten Konzernen gekommen.

Drittens kam es im Zuge der wirtschaftsinhärenten Machtanhäufung zu einer Unterminierung des demokratisch verfassten Primats der Politik durch die Wirtschaft. Das private Unternehmenskapital verlangt von der gewählten Politik die Befriedigung von partiellen Profitinteressen in Form einer neoliberalen Marktentfesselung von staatlichen Interventionen, verlangt niedrige Gewinn- und Vermögensteuern und eine Beschneidung des Sozialstaats durch Privatisierungen öffentlicher Güter.

Viertens wurde vom Kapital eine dringend notwendige preisliche Internalisierung der Umwelt in die unternehmerischen Kalkulationen weitgehend verhindert und damit gleichzeitig eine bis heute überfällige qualitative (nachhaltige) an der Umwelt orientierte Wachstumspolitik blockiert.

Diese vier Entwicklungen sind sämtlich gegen die Interessen der Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen gerichtet und stellen insgesamt eine Bedrohung der demokratischen Gesellschaft dar. Dazu tragen auch Lobbyismus und Korruption bei. „Erst langsam wird uns heute bewusst, dass wir in einer anderen Republik leben ... Inzwischen wissen wir, dass nicht nur die CDU schwarze Kassen führte, sondern auch der Vorzeigekonzern Siemens. Nicht nur im Frankfurter Hochbauamt, sondern auch in der deutschen Bankenaufsicht hielten Beamte die Hand auf. Korruption ist in Deutschland zum Alltagsphänomen geworden“ (Tillack).

Aber nicht nur im Verhältnis von Staat und Wirtschaft, sondern auch in den Unternehmen selbst liegt eine Dichotomie vor. Hier herrscht in der betrieblichen Welt das „Investitionsmonopol des Kapitals“ (Erich Preiser). Die Kapitaleigentümer bestimmen allein, trotz bestehender betrieblicher und unternehmensbezogener Mitbestimmungsgesetze, über die letztlich entscheidende profitorientierte Investitionstätig-

keit (wann, wie und wo investiert wird). Hier existiert keine arbeitsorientierte, sondern eine ausschließlich am Kapitalwert orientierte Sicht. Oswald von Nell-Breuning hat dies 1960 in seinem Buch „Kapitalismus und gerechter Lohn“ auf den Punkt gebracht, wenn er schreibt:

„In unserer Wirtschaft werden sowohl Konsumgüter als auch Kapital- oder Investitionsgüter produziert; die ersteren gehen, wie ihr Name besagt, in den Verbrauch, die letzteren dienen langfristiger Nutzung, für Wohnhäuser und dergleichen, oder dienen selbst wieder der Produktion, für Fabriken, Maschinen usw. An der Erzeugung beider Arten von Gütern wirken die Arbeitnehmer mit; für die Arbeitsleistung in diesen beiden Zweigen der Produktion zahlen die Unternehmer ihnen Arbeitslohn; dieser Arbeitslohn erscheint in der Erfolgsrechnung der Unternehmer als Kosten. Verwenden die Arbeitnehmer nun den ganzen Arbeitslohn zum Kauf der geschaffenen Verbrauchsgüter, so heißt das: die Unternehmer erhalten die ganze von ihnen als Kosten aufgewendete Lohnsumme zurück und geben dafür nur die produzierten Konsumgüter ab; die neugeschaffenen Kapital- oder Investitionsgüter verbleiben ihnen sozusagen gratis und franko. Man könnte das auch so ausdrücken: die Arbeitnehmer schenken den Unternehmern die Kapital- oder Investitionsgüter und sind zufrieden, als Entgelt für ihre Leistung im Produktionsprozeß denjenigen Teil der produzierten Güter zu erhalten, der in Konsumgütern besteht. Auf diese Weise werden die Unternehmer reicher und reicher, die Arbeitnehmer bleiben Habenichtse.“

Der Faktor Arbeit wird auch ansonsten von wichtigen unternehmerischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Beispielsweise bei der Frage der Gewinnverwendung: Wie viel Gewinn wird an die Kapitaleigner ausgeschüttet und wie viel Gewinn wird zur Unternehmensvorsorge thesauriert? Menschliche Arbeit in den Unternehmen wird außerdem durch arbeitssparende Investitionen wegrationalisiert, und auch die noch nicht Entlassenen werden in ihren Arbeitsbedingungen (Arbeitsintensitäten, Arbeitszeiten etc.) und Bezahlungen immer mehr gedrückt, viele prekär Beschäftigte sogar unter ihre Reproduktionskosten, so dass sie trotz Arbeit auf staatliche Lohnsubventionen angewiesen sind. Das Kapital lässt für die Massen der abhängig Beschäftigten keine produktivitätsorientierten Reallohnentwicklungen mehr zu, von dringend notwendigen Arbeitszeitverkürzungen erst gar nicht zu reden.

Eine systemische Alternative zu dieser insgesamt unheißvollen Entwicklung ist die Etablierung einer Wirtschaftsdemokratie, deren theoretische Grundkonzeption in der Weimarer Zeit von Fritz Naphtali entwickelt wurde und sich übrigens stark mit dem ersten Grundsatzprogramm des DGB von 1949 deckt. Wie könnte man aber heute Wirtschaftsdemokratie definieren? Allgemein formuliert ließe sich mit Fritz Vilmar sagen, es geht hier „um ökonomische Strukturen und Verfahren, durch die an Stelle autokratischer Entscheidungen demokratische treten, die durch Partizipation der ökonomisch Betroffenen und/oder des demokratischen Staates legitimiert

sind.“ Konkret gefasst sind im Wesentlichen fünf Bausteine einer Wirtschaftsdemokratie zu betonen:

Erstens geht es um die Aufhebung der bestehenden Dichotomie zwischen dem System einer parlamentarischen Demokratie und einer autokratisch/autoritär angelegten Führungs- und Herrschaftsstruktur in der privaten Wirtschaft, die sich neuerdings sogar in Bespitzelungsaktionen der Beschäftigten manifestiert. Die Aufhebung der Dichotomie impliziert auch eine größere Demokratisierung des staatlichen Überbaus durch mehr interne Parteiendemokratie (Aufhebung der heute in den Parteien vorliegenden oligarchen Führungsstrukturen), Einführung basisdemokratischer Volksentscheide und mehr Transparenz des gesamten öffentlichen Sektors in Form einer Haushalts-, Beschäftigungs- und Sozialberichterstattung. Zur Verhinderung einer unternehmerischen Unterminierung des staatlichen Sektors durch Lobbyssysteme und Korruption, die bereits bis zu einer „Selbstentmündigung der Parlamente“ (Detlef Hensche) beigetragen hat, muss es außerdem eine strikte Trennung von Staat und privater Wirtschaft geben. Der Staat hat der Wirtschaft uneingeschränkt den Handlungsrahmen zu setzen und die Wirtschaft zu kontrollieren. Er ist nicht der „Diener der Wirtschaft“, sondern umgekehrt die Wirtschaft hat der ganzen Gesellschaft zu dienen. Zur Überprüfung einer Einhaltung dieser wichtigen gesellschaftlichen Vorgabe ist ein unabhängiger „Nationaler Korruptionsrat“ einzurichten.

Zweitens muss sich der Staat auf der Makroebene zur Erfüllung seiner wirtschaftspolitischen Aufgaben einer gesamtwirtschaftlichen Aussteuerung der in sich instabilen Wirtschaft bedienen. Dies impliziert ein erweitertes keynesianisches antizyklisches System inklusive einer Staatsverschuldung ohne „Schuldenbremsen“, man könnte auch sagen, einen Keynesianismus „Plus“. Dieser ist heute unter EU-Bedingungen in den Mitgliedsstaaten als ein „Europäischer Makrodialog“ bei Abschaffung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts zu verstehen und entsprechend zu gestalten. Die Fiskalpolitik muss mit der Geldpolitik nicht nur im Rahmen einer Konjunkturpolitik eingesetzt werden, sondern auch im Sinne einer gerechten Steuerpolitik.

Neben dieser Makro-Orientierung ist drittens auf der Meso-Ebene (Ebene der Märkte und Wirtschaftszweige) zur Umsetzung einer Wirtschaftsdemokratie ebenso eine verschärfte staatliche Kontrolle als auch eine staatliche Aussteuerung der Güter-, Arbeits- und Finanzmärkte notwendig. Dies gilt auch für eine internationale Koordinierung und Kontrolle der Finanzmärkte. Auf der Meso-Ebene besteht die staatliche Verpflichtung, suboptimale und ungerechte wettbewerbsorientierte Marktergebnisse sowie sich aufbauende Machtstrukturen durch eine entsprechende Wirtschaftspolitik (Wettbewerbs-, Industrie-, Sozial-, Regional- und Umweltpolitik) zum Vorteil der ganzen Gesellschaft auszusteuern und zu berichtigen. Dazu gehören auch Vergesellschaftungen von einzelnen Unternehmen und der Ausbau des Genossenschaftswesens.

Viertens geht es bei Wirtschaftsdemokratie um ethische Belange in der Ökonomie, um Freiheit der Individuen und eine Zurückdrängung von entwürdigenden ökonomischen Abhängigkeiten, die sich aus der Eigentumsfunktion an Produktionsmitteln ergeben bzw. ableiten lassen. Die strukturell gegebene Unterlegenheit der abhängig Beschäftigten an den

Arbeitsmärkten gegenüber den nachfragenden Unternehmen ist hier u.a. durch arbeitsmarktpolitische Gesetze aufzuheben. Auch der Schutz der Arbeit vor einer unternehmensbezogenen Entlassung muss verbessert werden. Nicht das marktwirtschaftlich immanent überlegene Kapital ist zu schützen, sondern der in Verbindung mit der Natur einzig neuwertschaffende originäre Faktor Arbeit. Die Arbeitnehmer erhalten in diesem Kontext nicht den vollen Wert ihrer Arbeit (Wertschöpfung), sondern nur einen Teil in Form eines Reproduktionslohns.

Erst durch Arbeitnehmer und ihre verrichtete Arbeit ist aber ein Unternehmen in der Lage, das insgesamt eingesetzte Kapital in Bewegung zu setzen, um so eine Gewinnproduktion und -realisierung auf die Beine zu stellen. Unternehmen nur in Gestalt von „totem“ Kapital, ohne Beschäftigte, sind allenfalls eine „Ausstellung“ oder ein „Museum“. Erst die Menschen machen Unternehmen zu einer sozio-ökonomischen Organisation. Ohne Beschäftigte reduziert sich der Surplus (Mehrwert) lediglich auf den Überschuss, den der Unternehmer durch seine eigene Arbeitskraft selbst schaffen muss. Er kann dann nicht von der Arbeit seiner Beschäftigten einen Mehrwert abschöpfen. Diese Zusammenhänge drücken im kapitalistischen Lohn-Gewinnverhältnis die tiefe Widersprüchlichkeit des Systems aus. Hieraus ergibt sich insgesamt die Notwendigkeit von Gewinn- und Kapitalbeteiligungen für Arbeitnehmer als „On-Top-Partizipationen“ oberhalb von tariflich festgelegten produktivitätsorientierten Reallohnentwicklungen.

Die Makro- als auch die Meso-Ebene lassen sich aber fünftens nur dann demokratisch verwirklichen, wenn auch auf einzelwirtschaftlicher (unternehmerischer) Ebene die Prozesse demokratisch zwischen Kapital und Arbeit angesteuert werden. Nur so kann einem heute vorliegenden einseitigen Interessen-Gegensteuern von Unternehmern bzw. der Kapitaleseite entgegengewirkt werden. Wollen die staatlichen Stellen eine wirksame Planung und Intervention in die Märkte und Unternehmen realisieren, so sind auch auf einzelwirtschaftlicher Ebene demokratische Mitbestimmungsstrukturen zu schaffen. Dazu muss es in den Unternehmen zu einer rechtlichen Gleichstellung von Kapital und Arbeit kommen.

Heinz J. Bontrup, Dr. rer. pol., Dipl.-Ökonom, Dipl.-Betriebswirt, Professor für Wirtschaftswissenschaft an der FH Gelsenkirchen und Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

weiterführende Literatur

Heinz-J. Bontrup

Arbeit, Kapital und Staat.

Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft

3. Aufl., Köln 2006

Heinz-J. Bontrup

Lohn und Gewinn.

Volks- und betriebswirtschaftliche Grundzüge

2. Aufl., München/Wien 2008

Carl-D.A. Lewerenz

Bio-Strom und Bio-Wärme aus dem Heizungskeller?

Klimaneutral durch Bio-Wasserstoff!

Pressemitteilung von „Wir Klimaretter“ (2.7.2009): „Arktische Permafrostböden enthalten doppelt so viel Kohlenstoff wie bisher angenommen, so eine Studie von Wissenschaftlern aus den USA und Australien. Das Tauen des Dauerfrosts könnte demnach eine weit größere Gefahr für den Klimawandel darstellen, als befürchtet.“

Aktualisierte Zahlen zum Meeresspiegel-Anstieg nannte kürzlich Konrad Steffen, Professor für Umweltwissenschaften an der Universität von Colorado in Boulder, USA: „Die Vorhersage muss wahrscheinlich revidiert werden, auf Werte bis zu einem Meter oder mehr. Und auch dann ist noch nicht Schluss. Denn der Meeresspiegel wird weiter steigen, über das Jahr 2100 hinaus.“

In Anbetracht solcher Vorboten der für den 7. – 18. Dezember 2009 in Kopenhagen geplanten UN-Klimakonferenz ergeben sich inzwischen erheblich weitergehende Fragestellungen als diejenigen, welche in AMOS 2|2007 von Manfred Fishedick und Daniel Vallentin erörtert wurden.

Die katastrophalen Folgen der Erdüberhitzung werden insbesondere die Millionen zählende Küstenbevölkerung der Süd-Halbkugel treffen. Diese und die nächste Generation werden durch den Meeresspiegelanstieg aus ihren angestammten Siedlungsgebieten vertrieben werden. Die damit verbundenen gigantischen Flüchtlingsströme und bürgerkriegsähnlichen Gewaltexzesse sind schon jetzt sicher vorhersagbar und kaum noch vermeidbar („Klima-Kriege“).

Sind wir die Klima-Nazis von morgen? Neues Schuldbekenntnis zu erwarten?

Wer in dieser klimahistorischen Situation hier in Deutschland im Klimabereich noch etwas anderes diskutieren will als die Frage, was hier in diesem Land schnellstmöglich und als Bestes unternommen werden kann, um die klimakatastrophalen Folgen einzudämmen: Macht der sich nicht mitschuldig an Not und Tod der betroffenen Menschen? Ist nicht auch zu erwarten, dass die Angehörigen unserer Generation der Industrieländer dereinst als Klima-Nazis verachtet werden? Müssen dann unsere weniger schwer betroffenen Folgegenerationen in Europa sich die klimapolitische Gleichgültigkeit ihrer Elterngeneration von den Klimaflüchtlings vorhalten lassen und für kostenträchtige Nachteilsausgleiche sorgen? Vielleicht gibt es dann – trotz vieler ehrlicher Klimaaktivitäten einzelner kirchlicher Gruppen (analog „Bekennende Kirche“?) – erneut ein „Schuldbekenntnis“, man habe nach den Millionen Opfern des Nazismus nun auch die durch die leider nicht verhinderte Erdüberhitzung Verelendeten und die zu Tode gekommenen Millionen wieder einmal „... nicht genug geliebt ...“ usw.

Klimafreundliche Energie erfährt inhaltlichen Widerstand mächtiger Interessengruppen

Die schon bekannten Erneuerbaren Energien haben aktuell die 18%-Marke überschritten. Aber die entscheidende zusätz-

liche Erneuerbare Energie soll auf Geheiß der entsprechenden Interessengruppen möglichst lange verhindert und überhaupt das Konzept dieser Energie totgeschwiegen werden. Dagegen erhebt sich nun Widerstand. In Deutschland in Aachen („H₂ works“) und in Österreich in Bad Ischl im Salzkammergut („ReGen“) gibt es Basisaktivitäten für die Energieumstellung. Hier sind jetzt die ersten Initiativen entstanden, die für die Umstellung der Gasversorgung auf nichtfossilen Wasserstoff aus Biomasse eintreten, um damit einen wirkungsvollen Beitrag zur Verhinderung der heraufziehenden Erdüberhitzung zu leisten. Kerngedanke dieser klimapolitischen Forderung: Auf Ackerflächen, die zur Sicherung der Nahrungsautonomie (nicht: Autarkie!) nicht benötigt werden, wächst je nach Einschätzung der Vertragslandwirte mit langjährigen vertraglichen Abnahmegarantien pflanzliche Biomasse, die in Wasserstoff-Fabriken als Ganzpflanzen im Wesentlichen zu Wasserstoff (H₂) und Kohlendioxid (CO₂) verarbeitet wird. Solange dieses biogen gewonnene CO₂ in die Atmosphäre zurückgeführt wird (woher es zum Pflanzenwachstum ja entnommen wurde), ist diese Art der Gewinnung des Energieträgers H₂ immerhin als „klimaneutral“ zu klassifizieren. Sobald jedoch das biogen gewonnene CO₂ der Atmosphäre vorenthalten und in Treibhäusern oder industriell genutzt oder zur Endlagerung eingespeichert wird, erhält diese Energieträgergewinnung die Klassifikation „klimafreundlich“, da die Atmosphäre so per Saldo von CO₂ abgereichert wird. Zur Erlangung von Klimaneutralität ist bei der Wasserstoffherzeugung die Einspeicherung nicht erforderlich. Das ist bei der Erzeugung von Kohle-Strom ganz anders: Hier ist Klimaneutralität nur mit der kostenträchtigen Erfassung und Einspeicherung des fossilen CO₂ (Carbon Capture and Storage-CCS) oder mit einer anderen Vorenthaltungsform zu erreichen.

Etwa 45% der in der BRD emittierten Treibhausgase (THG) entstehen im Zusammenhang mit der Erzeugung von Strom (20,6% durch Kraftstoff-Verbrauch im Verkehr und 33,8% durch Wärmeerzeugung in Industrie, Gewerbe, Handel, Dienstleistungs-Bereich und in Privathaushalten). Wenn nun Strom zunehmend aus Bio-H₂ in den Heizungskellern der Nation mit in Großserie gefertigten billigen stromerzeugenden brennstoffzellenbasierten HyO-Boxen erzeugt wird, können die Dreckschleuder-Kraftwerke in der Reihenfolge ihrer Klimaschädlichkeit vom Netz genommen und etwa nach dem Vorbild der Kalkarer Atomkraftwerks-Bauruine zu Freizeitparks umgenutzt werden. Die Neubauplanung von Kohlekraftwerken kann angesichts solcher Möglichkeiten nur noch nacktem Renditewahn entspringen.

Nur von überzähligen Ackerflächen: Bio-Masse für die Wasserstoffherzeugung

Die HyO-Box als Mini-Blockheizkraftwerk (BHKW) im Heizungskeller erzeugt mit ihrer Brennstoffzelle aus dem eingeleiteten Wasserstoff (Hydrogenium) in Verbindung mit Sauerstoff (Oxygenium) aus der Umgebungsluft ohne irgendwelche bewegliche Teile und sehr leise nicht nur Strom, son-

dem gleichzeitig auch und etwa im gleichen Umfang Wärme für die Gebäudeheizung. Im Sommer kann die erzeugte (Ab-) Wärme mit Hilfe einer Absorptions-Kälteanlage für die Gebäudeklimatisierung genutzt werden. Neuerdings spricht man daher auch von der Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung (KWKK). Bei diesen dezentralen HyO-Boxen im Grundlast-Dauereinsatz müsste in unseren Breiten nur in der Übergangszeit zwischen der warmen und der kalten Jahreszeit etwas überschüssige Wärme ungenutzt abgeleitet werden, während die zentralen Grundlast-Kraftwerke ihre Wärmeenergie nahezu vollständig über Riesenkühltürme ganzjährig Tag und Nacht ungenutzt ins Freie leiten müssen.

Der Aachener Initiative „H₂works“ liegt eine Projektidee vor, der zur Folge ein Ausstellungswagen mit einer Wasserstoff-Flasche, einer HyO-Box zur Erzeugung von Strom und Wärme und einigen elektrischen Geräten ausgestattet wird. Mit dieser Basisarbeit soll die faktische Nachrichtensperre über die H₂-Potenziale durchbrochen und verdeutlicht werden: Die klimafreundliche HyO-Heizung braucht Wasserstoff.

Für eine solche klimafreundliche Hausenergieversorgung ist also Wasserstoff in die Heizungskeller zu liefern. Die Brennstoffzellen, die in der HyO-Box arbeiten, brauchen Wasserstoff! Solange Fossil-Methan (Erdgas) oder auch biogen erzeugtes Methan („BioErdgas“) durch das Gasnetz den Heizungskellern zuströmt, können nur übermäßig aufwändige und entsprechend teure KWKK-Einrichtungen betrieben werden, weshalb bei Fortsetzung der Methan-Lieferung keinerlei wirtschaftlicher Anreiz zur dezentralen Stromerzeugung entsteht. Die für Wasserstoff geeigneten schlichten HyO-Boxen können wegen ihres einfachen Aufbaus – besonders in Serie – viel billiger produziert werden als Brennstoffzellenanlagen für Methan, weshalb Stückpreise von unter 1.000 € erwartet werden. Außerdem braucht der Schornsteinfeger nicht mehr zu kommen: Als Abfall entsteht nur noch reines Wasser (30 ml/kWh).

Sehr niedrige Vollkosten zu erwarten

So liegt die Frage nahe, welche Stadt als erste diesen Gedanken aufgreift, eine Biomasse-Wasserstoff-Fabrik errichtet, das Gasnetz geringaufwändig umrüstet und ihren Gaskunden keinen Gasliefervertrag, sondern einen HyO-Box- („Contracting“-) Vertrag anbietet, der Beschaffung, Einbau und Betrieb der HyO-Box-Anlage umfasst. Wenn dabei deutlichgemacht wird, dass Betrieb, Instandhaltung und Reparatur der Anlage durch die Kommunale Energieversorgung („KEV“) vertraglich gewährleistet werden und in der monatlichen Contractinggebühr enthalten sind, könnte sich eine solche Unternehmung für diese erste Stadt mit Energieversorgung auf der Basis von Bio-Wasserstoff zunächst für das Klimagewissen ihrer Einwohnerschaft, aber auch in Bezug auf die Sanierung der Gemeindefinanzen als segensreich erweisen. Im Ruhrgebiet soll in Kürze in Herten „Auf Ewald“ eine kleinere Wasserstoff-Fabrik mit einer Leistung von 10 Mega-Watt mit dem Markenzeichen „Blauer Turm“ errichtet werden. Befremdlicherweise soll der hier aus Bio-Masse erzeugte Wasserstoff nicht in das städtische Gasnetz eingespeist, sondern ausschließlich zur zentralen Stromerzeugung ohne Kraft-Wärme-Kopplung verwendet werden. Es bleibt also abzuwarten, wann auch in Herten eine Bürgerinitiative

die Umstellung der Gasversorgung fordert, um einen Nachfrageschub nach klimafreundlichen und billigen HyO-Heizanlagen endlich in Gang zu setzen. Traditionelle Gasgeräte können übrigens nach einem einfachen Wechsel der Brennerventile mit Wasserstoff weiterbetrieben werden.

Deutschland-Plan: Klima-Weltmeister

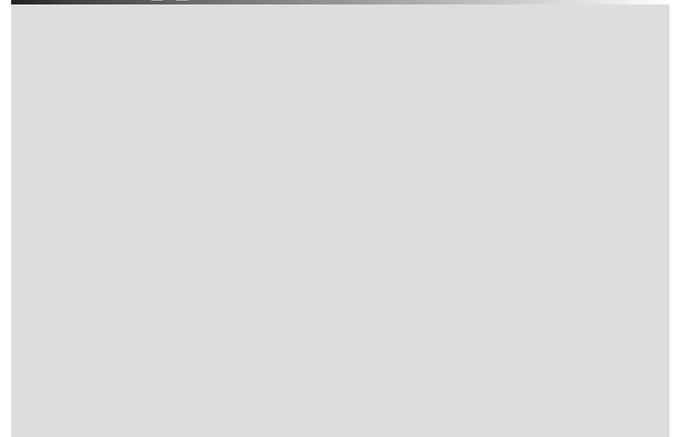
Was wird aber aus den Energiekonzernen, die ihren schmutzigen Kohle-Strom nicht mehr verkaufen können? Da Entwicklungen auf Basisdruck nicht allzu plötzlich vor sich gehen, wird es eine Zeit für Anpassungsmöglichkeiten geben. Wer sich aber nicht anpassen kann oder will, stirbt aus. Die Saurier haben es vorgestorben! Keiner dieser unsauberen Großkonzerne wird als systemrelevant angesehen werden können. Deshalb wird es auch keine staatlichen Rettungsgelder geben. Für Kapitalanleger gilt es also, die entsprechenden Beteiligungen rechtzeitig abzustoßen.

Wünschenswert wäre die Bio-H₂-Energieversorgung in demokratisch kontrollierter kommunaler Trägerschaft, wo klimaethische Erwägungen eher zum Tragen kommen als bei kommerziellen Unternehmen mit noch so fortschrittlicher Technik, die letztlich ja doch ausgerichtet sind auf mehr oder weniger kurzfristige Kapitalverwertung.

Die flächendeckende Umsetzung dieses Konzepts einer zusätzlichen erneuerbaren Energie könnte Deutschland zum Klima-Weltmeister machen. Mit dem freiwilligen Verzicht auf die lukrative zentrale Großkraftwerkstechnik könnten Deutschlands Energiekonzerne ein spätes Sühnezeichen setzen. Wahrscheinlich aber müssen sie dazu gesetzlich gezwungen werden, damit die Klimanotbremse schnellst- und bestmöglich greifen kann. Das wäre dann ein kraftvoll nachhaltiger, wahrhaft alternativer Deutschland-Plan. Wenn dieser erdweit genügend Nachahmer findet, können die sibirischen Permafrostböden vielleicht erhalten und der Anstieg des Meeresspiegels doch noch in diesem Jahrhundert zum Stillstand gebracht werden.

Carl-D.A. Lewerenz, Diplom-Jurist (Ruhr-Universität Bochum) ist seit Rentenbezug – nach Jahrzehnten hauptamtlicher Arbeit in Mieter- und Schuldnerschutz-Organisationen – engagiert für klimabezogene Generationen- und Nord-Süd-Gerechtigkeit. Rückmeldungen sind willkommen unter E-Mail: carlda-lewerenz@arcor.de.

Lesetipp



Christian Schröder

Recht auf Wohnen

Ein einklagbares „Recht auf Wohnen“ im Grundgesetz wäre nötig. Doch ohne eine breite Wohnrechtsbewegung in Deutschland ist dies zurzeit nicht umsetzbar.

Weltweit lebt über eine Milliarde Menschen unter Bedingungen, die nach den Kriterien der Vereinten Nationen menschenunwürdig sind: auf der Straße, in Elendsquartieren, ohne Wasserversorgung, ohne Schutz vor Vertreibung.

In Deutschland sind über eine Viertelmillion Menschen wohnungslos. Dies schätzt die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW), der Dachverband der Wohnungsloseneinrichtungen in Deutschland. Noch einmal so vielen droht der unmittelbare Wohnungsverlust.

Nachdem in den 1990er Jahren vielerorts der Wohnungsmarkt relativ entspannt war und die Wohnungslosigkeit zurückging, ist seit einigen Jahren eine Trendwende eingetreten. In vielen Regionen Deutschlands sind kleine und preiswerte Wohnungen Mangelware. Prognosen gehen davon aus, dass sich der Wohnraum für untere und mittlere Einkommenssegmente weiter verknappen wird. Denn die Zahl der Menschen steigt, die auf günstigen und kleinen Wohnraum angewiesen sind, etwa Hartz-IV-EmpfängerInnen. Wohnungsbau findet seit Jahren fast ausschließlich im Luxussegment statt. Die Hartz-IV-Regelungen haben nicht nur das Risiko erhöht, in Wohnungsnot oder Obdachlosigkeit zu geraten. Sie haben mit ihren unübersichtlichen Regelungen und vielerorts zu gering bemessenen Kosten für „angemessenen Wohnraum“ auch dafür gesorgt, dass der Markt für günstigen Wohnraum weiter unter Druck gerät. Wer einmal seine Wohnung verloren hat, findet schwer eine neue. Die Voraussetzungen zur Anmietung von Wohnraum haben in den letzten Jahren stetig zugenommen. Wohnungsbaugesellschaften verlangen oft Einkommensnachweise, SCHUFA-Auskunft und Bürgschaften. Für Menschen mit Schulden stellt dies eine fast unüberwindbare Hürde dar. Auch hat sich bei VermieterInnen herumgesprochen, dass die Mietzahlungen vom Amt bei Hartz-IV-EmpfängerInnen nicht so sicher sind, wie früher bei Arbeitslosen- und Sozialhilfebeziehenden.

Erwerbslosenorganisationen, Mietervereine und Wohnungsloseneinrichtungen fordern deshalb seit Jahren, das Grundbedürfnis Wohnen verfassungsrechtlich abzusichern. Mit einem einklagbaren „Recht auf Wohnraum“ wäre das Wohnen künftig Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, somit Staatsaufgabe und würde die Position der MieterInnen stärken.

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 existiert ein solches Recht. Auch im internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 ist es festgeschrieben. Auch Deutschland hat den Pakt ratifiziert. Das Recht auf Wohnraum findet sich jedoch weder im Grundgesetz noch im EU-Verfassungsentwurf. In anderen europäischen Ländern existieren bereits entsprechende gesetzliche Regelungen.

Protestbewegungen haben in den letzten Jahren die Wohnungskrise zu einem europäischen Thema gemacht. Von London bis Barcelona, von Paris bis Berlin machen Wohnrauminiciativen auf das Problem aufmerksam und kämpfen für ein „Recht auf Wohnen“ – in Frankreich und Spanien mit beachtlichen Erfolgen.

Wohnrechtskämpfe in Frankreich ...

In Frankreich hat nach breiten Protesten das Parlament 2007 ein „Recht auf Wohnen“ in der Verfassung festgeschrieben. Möglich wurde dies durch die Wohnungslosenproteste im Dezember 2006. Sie erzielten eine beispiellose Welle der Solidarität und schafften es, dass Hilfen für Obdachlose im Wahlkampf um die Präsidentschaft zu einem wichtigen Thema wurden. Zu einem öffentlich beachtetem Thema wurde die Not der Obdachlosen vor allem durch die Kampagne der Hilfsorganisation „Die Kinder von Don Quichotte“. Im vorweihnachtlichen Paris verteilte die Initiative um die beiden Initiatoren Augustin und Jean-Baptiste Legrand Zelte. Rund 300 Obdachlose kampierten wochenlang entlang des Kanals von Saint-Martin in Paris und forderten bessere Notunterkünfte, mehr Sozialwohnungen und Beschäftigungsprogramme für Wohnungslose. Zahlreiche Bürger und Prominente solidarisierten sich. In der Hochzeit lebten und kampierten dort bis zu 5.000 Menschen rund um die Uhr.

Eine weitere Wohnrauminitiative, die „Jeudi Noir“ („schwarzer Donnerstag“), vorwiegend von Studierenden und jungen Prekären getragen, machte seit Ende 2006 binnen weniger Wochen landesweit das Thema bekannt. Mit ihren kreativen Protestformen wie dem Stürmen von Maklerbüros und Besichtigungsterminen machte sie auf die Wohnungsnot aufmerksam.

Die Wohnungsloseninitiative „Droit au Logement“ („Recht auf Wohnraum“) besetzte mit Einbruch der Kälteperiode im Oktober 2007 mit 150 Wohnungslosen die Bürgersteige im 2. Arrondissement – nur wenige Meter von der Pariser Börse entfernt.

Durch das neue Gesetz zum „Recht auf Wohnen“ garantiert in Frankreich der Staat die Einhaltung des Rechts auf Wohnraum. Zwar ist bereits seit 1946 das Recht auf eine Wohnung in Frankreich festgeschrieben. Aber das neue Recht ist einklagbar. „Droit au logement“ hat am 1. Dezember 2008 mit 20 Antragstellern Musterklagen beim Pariser Verwaltungsgericht eingereicht, um das neue Recht zu testen. Städte und Gemeinden können zu Geldstrafen verurteilt werden, wenn sie Berechtigten keine Sozialwohnung zur Verfügung stellen. Das Geld fließt in einen Fonds, um den Bau neuer Wohnungen zu finanzieren.

... und in Spanien

Auch in Spanien ist seit Jahren eine breite Wohnrechtsbewegung aktiv. Im Mai 2006 mobilisierte über das Internet

ein Aufruf zu Protesten gegen die Wohnungsmisere. Tausende Menschen in verschiedenen Städten Spaniens gingen auf die Straße. Es entstand das Netzwerk „vdevivienda.net“ rund um die Problematik des Wohnens. In vielen Städten fanden große Kundgebungen statt und forderten das „Recht auf Wohnen“: Die Demonstranten besetzten IKEA-Filialen oder schlossen symbolisch die Messe der Grundstücksmakler in Barcelona. Sie forderten die Erfüllung des Artikels 47 der spanischen Verfassung. Dieser besagt, dass alle BürgerInnen das Recht haben, Obdach zu genießen, dass die zuständigen Institutionen in der Öffentlichkeit dieses Recht garantieren und die Städte Gelder zu Verfügung stellen müssen, um die Planung und den Bau von Wohnhäusern zu ermöglichen. Die Wohnrechtsbewegung klagt die zuständigen Institutionen an, weil sie dieses Recht nicht garantieren und es verabsäumen, die Preissteigerung für Wohnungen zu verhindern. Die Bewegung lud den UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf angemessenes Wohnen Miloon Kothari zu einem Meeting ein. Nach zwölf Tagen in Spanien beschrieb er die Wohnsituation für arme und prekäre Menschen als „nationale Krise“.

Und in Deutschland?

Auch in Berlin, Hamburg und anderswo gibt es lebendige Wohnrechtsbewegungen, die für billigen Wohnraum und gegen mietpreistreibende städtische Prestigeobjekte und Gentrifizierung kämpfen. Doch von einem Grundrecht auf Wohnen ist Deutschland weit entfernt.

Zwar sind deutsche Kommunen dazu verpflichtet, Obdachlose unterzubringen. Doch das reicht nicht aus. Es gibt keine verbindlichen Standards in den Obdachlosenunterkünften. Auch gibt es kein „Recht“ auf Weitervermittlung in eine Wohnung. Denn von einer Wohnung hängt fast alles ab: ein Job, sozialer Anschluss, Selbstwertgefühl.

Wohnungslosenhilfe und Mieterorganisationen in Deutschland fordern seit Jahren, ein einklagbares „Recht auf Wohnen“ in die Verfassung aufzunehmen. Die Interessenvertretungen von Wohnungsbaugesellschaften und Hauseigentümern wehren sich dagegen. Kern der Regelung soll sein, „dass eine Räumung von Wohnraum nur dann vollzogen werden darf, wenn zumutbarer Ersatzwohnraum zur Verfügung steht.“ Bereits 1992 hatte die BAGW einen ausführlichen Vorschlag zur Absicherung der Wohnbedürfnisse bei der Verfassungskommission eingereicht, der aber nicht berücksichtigt wurde.

Die Finanzlage der Kommunen spitzt sich durch die wachsenden Steuereinnahmen infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise weiter zu. Erst Anfang September 2009 schlugen die kommunalen Spitzenverbände Alarm. Städten und Gemeinden drohen als Folge der Wirtschaftskrise Einnahmeausfälle in Milliardenhöhe. Auch sieht eine gesetzliche Formel vor, dass der Bundesanteil an den Wohnkosten für Hartz-IV-BezieherInnen sinkt. Während sich der Bund im vergangenen Jahr noch mit etwa einem Drittel an diesem Posten beteiligt hat, könnte sein Anteil ausgerechnet 2009 und 2010 auf unter 25 Prozent sinken.

Breite Protestbündnisse sind notwendig, um zu verhindern, dass die Kommunen an Sozialleistungen und gerade den Wohnkosten von Hartz-IV-EmpfängerInnen in Zukunft

verstärkt den Rotstift ansetzen – und endlich ein einklagbares Recht auf Wohnen in das Grundgesetz eingeführt wird.

Christian Schröder,

9. Abrahamsfest Marl

Zum neunten Mal steht Marl im Zeichen des seit 2001 jährlich gefeierten Abrahamsfestes. Thema 2009: „Jung und Alt – Kinder dieser Erde“. Es begann am 20.9. 2009 mit dem großen Kinderfest am Rathaus Marl, gemeinsam mit dem Deutschen Kinderschutzbund Marl, der Stadt Marl und circa 40 Gruppen aus Gemeinden, Vereinen, Kindergärten und Schulen.

Sonntag, 4. Oktober 2009, 15.00 – 18.00 Uhr

im Ev. Gemeindehaus an der Pauluskirche, Römerstr.:

„Jung und Alt – Kinder dieser Erde: In Märchen und Fabeln verschiedener Kulturen und Religionen“

Drei professionelle MärchenerzählerInnen treten auf: Andre Wülfing (Consol-Theater Gelsenkirchen) mit jüdischen Fabeln, Marion Hellmann (Leiterin der Kinder- und Jugendbücherei „Türmchen“ Marl) mit hiesigen Märchen, Suzan Yildirim (Witten) mit islamisch-türkischen Erzählungen.

Montag, 5. Oktober von 09.50 – 12.35 Uhr

in der Martin Luther King Schule, Georg Herwegh Str.:

liest Hermann Schulz (Wuppertal) aus seinem Jugend-Buch „Iskender“ und erzählt von einer denkwürdigen Reise eines autistischen Kindes aus Duisburg zu den Großeltern im türkischen Taurusgebirge.

Freitag, 6. Nov. ab 19.00 Uhr

„Abrahams-Karawane by night – unterwegs zu Jugendtreffs und Cliques auf öffentlichen Plätzen“, am HOT Hagenbusch-Wäldchen, Busplatte-Neues Forum u.a. Mit Feuer-Aktions-Kunst, Essen/Trinken, Musik, gemeinsam mit dem Jugendforum Marl, HOTs u.a.

Dienstag, 17. November: 18.00 – 20.30 Uhr

im Konferenzraum der Fatih-Moschee, Bachackerweg 197, Marl-Hamm:

„'Kinder' und 'Alte' - Verlorene Generationen in Deutschland?“. Mit Betroffenen sowie mit: Lutz Pickardt/Seniorentheatergruppe Dionysos Theater Marl und den Sozialethikern Dr. med. Michael Rosenkranz (Gelsenkirchen, jüdisch), Pfr. Wolfgang Belitz (Unna, christlich) und Rafet Öztürk (DITIB Köln, islamisch)

Dienstag, 24. Nov. 10.00 – 12.00 Uhr

Jugendliche der Jahrgangsstufe 9/10 aus drei Schulen lernen in der Synagoge in Recklinghausen

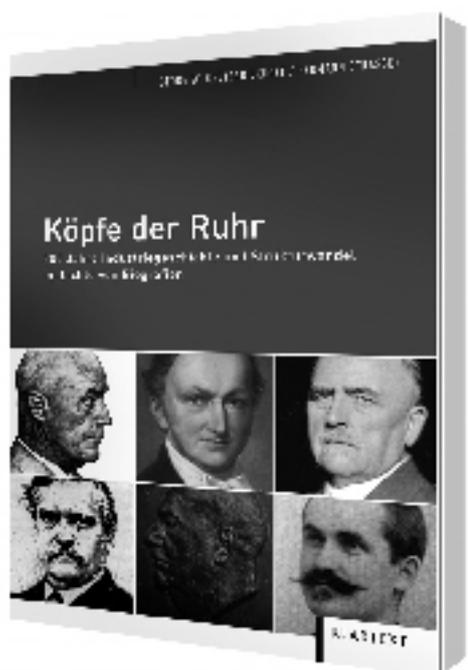
Abschluss: Dienstag, 8. Dez. 19.00 – 21.30 Uhr

Rathaus-Saal: Gastmahl zum 9. Abrahamsfest mit kulturellen Darbietungen, Essen/Trinken

In allen 3 Monaten besuchen sich Kinder in ihren Stadtteilen hin und her – anlässlich von Koranschule, Firm- und Konfirmandenunterricht.

Veranstalter seit 2001: Die Christlich-Islamische Arbeitsgemeinschaft Marl in Zusammenarbeit mit den Kirchen und Moscheen in Marl, mit der Jüdischen Kultusgemeinde Kreis Recklinghausen, dem Integrationsrat Marl und der Stadt Marl – und zahlreichen weiteren Kooperationspartnern

Gefördert wird das 9. Abrahamsfest vom Bistum Münster, Ev. Kirche von Westfalen, Kulturamt der Stadt Marl, Stiftung dieGesellschafter.de (Aktion Mensch, Bonn), Bundesministerium des Innern (Berlin), Gewerkschaft GEW und Ev. Erwachsenenbildung.
Weitere Hinweise: www.abrahamsfest-marl.de



GERD W. OESTERDIEKHOFF /
HERMANN STRASSER



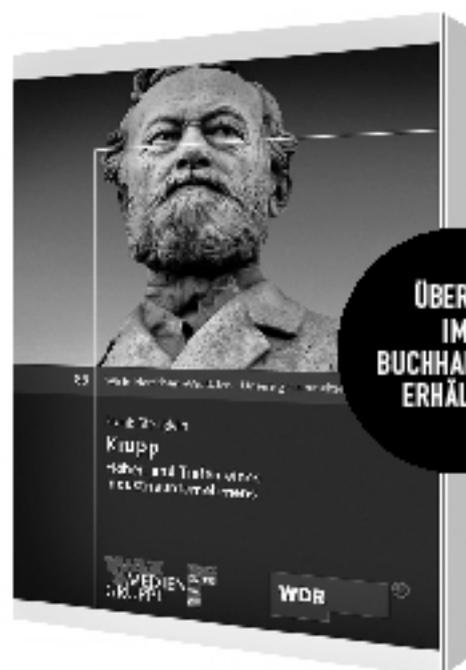
Köpfe der Ruhr

200 Jahre Industriegeschichte und
Strukturwandel im Lichte von Biografien

Der Band stellt die Entwicklung des Ruhrgebiets mit Hilfe von 50 Biografien dar. Siewurden in aufeinander folgenden Generationen nach Schichtzugehörigkeit und Beruf ausgewählt. 200 Jahre Industriegeschichte und Strukturwandel werden nach zeitlichen Zäsuren rekonstruiert, in denen Akteure als Eigentümer und Manager, Erfinder und Funktionäre, Unternehmer und Arbeitnehmer ihren Handlungen in den jeweiligen Institutionen und Gesellschaftsstrukturen Sinn verleihen.

Auf diese Weise wird die Geschichte der Lebensweise der Menschen an der Ruhr zu einer authentischen Gesellschaftsgeschichte. Nicht zuletzt rufen die Biografien der Bergleute und Handwerker, Arbeiterführer und Politiker eine untergegangene Welt von Lebenserfahrungen in Erinnerung und lassen den Leser den Übergang von der Revierkultur zum Kulturrevier nachvollziehen.

→ 378 Seiten, broschiert, 22,90 Euro,
ISBN 978-3-8375-0036-3



FRANK STENBLEIN



Krupp

Höhen und Tiefen
eines Industrieunternehmens

Großer Ruhm und abgrundtiefer Hass – an Krupp haben sich schon immer die Geister geschieden, Krupp hat seit jeher nur wenige kalt gelassen. Viele Jahre nach der Fusion mit Thyssen steht der Name Krupp noch immer symbolhaft für die Weltgeltung, aber auch für die prekären historischen Verstrickungen der deutschen Industrie. In seiner fast 200-jährigen Geschichte war das Unternehmen stets aufs Engste mit Staat und Politik verzahnt: es litt wie kein anderes an den deutschen Katastrophen, ging mehrfach beinahe unter, um in den guten Zeiten umso eindrucksvoller wie Phönix aus der Asche zu steigen. Krupp ist darüber zu einem Mythos geworden und nicht zuletzt zu einer spannenden Story. Was die Essener Traditionsfirma im Guten wie im Schlechten so einzigartig macht, zeigt dieses Buch.

→ 288 Seiten, zahlr. Abb., 7,95 Euro,
ISBN 978-3-8375-0137-7

Hans van Ooyen

Die Burg zu den Schönen Künsten – eine Parabel

Ich hatte einen Traum: Ich saß in einer Konferenz mit vielen Wissenschaftlern zusammen. Auf den Tischen lagen schwergewichtige Papiere mit Texten und noch mehr Anhängen, und in den Texten bestimmten die Fußnoten das Schriftbild. Vor dem Rednerpult stand ein Stuhl mit einem Probanden. Schon bei der Frage nach seiner Herkunft war eine heftige Diskussion unter den anwesenden Wissenschaftlern entbrannt. Die einen meinten, es handle sich bei ihm um einen Türken mit kurdischer Volkszugehörigkeit. Andere behaupteten, der Mann sei Kurde mit irakischen Wurzeln. Wieder andere wollten ihn als Iraner qualifizieren, der zufällig im kurdischen Teil der Türkei zu Hause sei.

Der Moderator wagte den Einwand, die ethnische Zugehörigkeit des Probanden sei für die Fragestellung der Konferenz nicht von Belang. Immerhin wolle man an dieser Stelle zu einem Urteil darüber gelangen, wie ein Migrant sich in Deutschland fühle und wie er sich besser in die Gesellschaft integrieren lasse. Der Migrant auf dem Stuhl sei eine zufällige Wahl, weil gerade kein anderer zur Verfügung gestanden habe.

Der Einwand beruhigte die Debatte nicht, denn sofort meldeten sich einige Professoren zu Wort und vertraten leise, aber vehement die Auffassung, dass es für die Fragestellung von erheblicher Bedeutung sei, ob es sich um einen türkischen, irakischen oder iranischen Kurden handle. Ein angesehener Ethnologe vertrat die These, ein türkischer Kurde erlebe die deutsche Gesellschaft womöglich völlig anders als ein irakischer oder ein iranischer Kurde, und man könne auf keinen Fall zu der eigentlichen Frage des Kongresses übergehen, bevor man diese zentrale Voraussetzung nicht zweifelsfrei definiert habe.

Aufhören, schrie ich im Traum und schreckte aus dem Schlaf.

Das Klischee einer Wissenschaft, die um ihrer selbst willen betrieben wird, ist alt und hartnäckig. Bertolt Brecht hat es in seinem Theaterstück „Das Leben des Galilei“ pointiert dargestellt. Galileis' Worte mahnen: „Wenn Wissenschaftler (...) sich damit begnügen, Wissen um des Wissens willen aufzuhäufen, kann die Wissenschaft zum Krüppel gemacht werden, und eure neuen Maschinen mögen nur neue Drangsale bedeuten. Ihr mögt mit der Zeit alles entdecken, was es zu entdecken gibt, und euer Fortschritt wird doch nur ein Fortschreiten von der Menschheit weg sein.“ Dieses Zitat gehört in das Stammbuch jedes Wissenschaftlers.

Warum hält sich das Klischee so hartnäckig?

Weil, wie es sich nun einmal oft verhält mit Klischees, doch etwas dran ist.

Ich habe gerade eine solche Debatte erlebt, wie mein Traum sie mir noch einmal in überspitzter Weise vorgeführt

hat. Dort ging es bei erlesenen Speisen und einem guten Wein, alles von einem prächtigen Mäzen gestiftet, um die Frage, wie Wissenschaft die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund befördern könne, und ich hatte schon nach wenigen Minuten den Eindruck, man wolle mich und vielleicht auch das Thema mit Statistiken und Fußnoten erschlagen.

Viel wurde an diesem Abend über Migration und Integration gesprochen, und einige der Professoren hatten sogar ihre Lieblingsmigranten mitgebracht, vielleicht, um ihre Nähe zum Thema augenfällig zu dokumentieren. Von den Lieblingsmigranten durfte auch zuweilen einer mal das Wort ergreifen und etwas emotional anrührende Betroffenheitslyrik präsentieren, und die versammelte Professorenschar ließ ihn sogar ausreden und tröstete sich über die sprachliche Ungenauigkeit der Einlassungen mit einem Schluck vom guten Roten hinweg. Dann aber, wenn der Lieblingsmigrant nach wenigen Sätzen geendet hatte, ging ein Aufatmen durch die Reihen der Wissenschaftler, und gleich setzte der monotone Singsang aus Zahlenreihen und Schachtelsätzen wieder ein, der meinen Kopf zum Schwirren brachte.

Im Laufe des Abends erzielte man Einigkeit darüber, dass man nach zwanzig Jahren Forschung einfach zu wenig wisse, um Aussagen treffen zu können, die mehr als Spekulationen darstellten. Einig war man sich auch in der Auffassung, dass man weiterer Studien bedürfe, um sich dem Thema anzunähern und zu verlässlichen Ergebnissen mit zumindest mittelfristiger Gültigkeit zu gelangen. Die meisten Studien seien veraltet, und man könne nicht davon ausgehen, dass ihre Ergebnisse noch zuträfen. Deshalb, und dabei richteten sich die Professoren an die anwesende Vertreterin des Ministeriums, brauche man einen Sondertopf der Landesregierung, aus dem die Grundlagenforschung, aber auch einige anwendungsorientierte Studien finanziert werden könnten.

Das ist kein Traum gewesen, sondern Ruhrgebietswirklichkeit des 21. Jahrhunderts, und irgendwie habe ich den Eindruck, als käme diese Wirklichkeit zuweilen meinen Alpträumen bedrohlich nahe.

Nun wird man gegen meine Darstellung einwenden, ich verstehe nun einmal nichts von der Wissenschaft, von ihren Aufgaben, ihren Spielregeln, ihrer Arbeitsweise, und das stimmt sogar. Ich habe mich, das will ich freimütig zugeben, stets schwer damit getan, wissenschaftliche Arbeiten zu Ende zu lesen, und mich oft auf die Zusammenfassungen beschränkt. Ich habe mich, auch das sei hier zu Protokoll gegeben, in meinem Studium hartnäckig geweigert, die winzigen Fußnoten zu beachten, und habe im Seminar die umstrittene Auffassung vertreten, der Hang deutscher Germanisten, Texte mit dem Seziermesser zu zerlegen und bis zur Unkenntlichkeit zu interpretieren, töte den Zauber literarischer Werke. Bis heute vertrete ich die sicher provokante These, man könne das alles ruhig einmal studiert haben, müsse es jedoch auch wieder verdrängen können.

Ich gestehe: Ich habe keine Ahnung von der Wissenschaft. Deshalb will ich auf ein Feld wechseln, auf dem ich mich auskenne: die Kunst. Auch hier finden eine Menge Konferenzen, Kongresse und Spiegelfechtereien statt, deren Inhalte man am nächsten Tag wieder vergessen hat. Auch hier, und das gerade in der Zeit, in der wir im Ruhrgebiet uns auf den Weg zu einer Kulturhauptstadt 2010 begeben, trifft man auf zahlreiche Zeitgenossen, die – natürlich nur das Beste für die Kunst im Sinn – ihre Erbhöfe mit großen Mauern einfrieden und meinen, die anderen bekämen nicht mit, dass es ihnen einzig und allein um den Schutz ihrer Futtertröge und um die Politur der eigenen Aureole geht.

Wir Künstler können ein Lied davon singen, mit welcher Überheblichkeit die Verwalter und selbsternannten, zumeist vom Bürgergeld finanzierten Sprecher der Künste auftreten. Ich will dies an einem Beispiel deutlich machen: an den Bewahrern mancher Kunstmuseen. Ich überlasse es der Phantasie des Lesers, das gemeinte Haus selbst zu verorten – vielleicht gibt es ein solches Museum in jeder Stadt. Nennen wir es der Einfachheit halber „Die Burg zu den Schönen Künsten“. Die wurde vor vielen Jahren vom Rat der Stadt, dem gewählten Organ der Bürger, mit erheblichem Aufwand eingerichtet und wird seither vor allem vom Geld der Steuerzahler am Leben gehalten. „Die Burg zu den Schönen Künsten“ sollte nicht nur ein Keller sein, in dem man die gesammelten Kunstwerke der Stadt vor Feuchtigkeit und Hitze schützt, sondern ein Ort der Begegnung, ein Hörsaal für künstlerische Bildung und Erziehung, eine Stätte der Auseinandersetzung mit Kunst, eine Werkstatt für kreatives Gestalten – ein lebendiger Mittelpunkt in der Stadt also mit einem hohen Nutzen für die Menschen, die die Zeche zahlen.

In einem alten Sprichwort heißt es, wer die Musik bezahle, der bestimme auch, was gespielt wird. Bei der „Burg zu den Schönen Künsten“ trifft das nicht wirklich zu. Denn schon bald nach Errichtung der Burg und nach einigen ergreifenden Feierstunden mit Sekt und Schmalzbrotzen zog ein Fürst dort ein und ließ hohe Mauern mit wehrhaften Zinnen und einen breiten Wassergraben anlegen. Das Tor der Burg wurde mehrfach gesichert, und der Weg hinein führt jetzt nur noch über eine schmale Zugbrücke, die der Burgherr nur dann herablässt, wenn er die Besucher für seines Standes hält. Dies müsse so sein, sagt er, weil man ja nicht Krethi und Plethi an die Kunst heranlassen könne. Im Übrigen gelte Paragraph 5 Grundgesetz, und das heiße Freiheit der Burgherren und ewiger Glanz am Hofe des Sonnenkönigs.

Wie hat Galilei so treffend formuliert? „Wenn Künstler (...) sich damit begnügen, Kunst um der Kunst willen zu schaffen, kann die Kunst zum Krüppel gemacht werden, und eure neuen Kunstwerke mögen nur neue Wände bedecken. Ihr mögt mit der Zeit alle Wände bedeckt haben, die es zu bedecken gibt, und euere Kunst wird doch nur ein Fortschreiten von der Menschheit weg sein.“

Inzwischen haben sich die einfachen Leute vor den Mauern der „Burg zu den Schönen Künsten“ übrigens damit abgefunden, dass sie wohl nicht des Standes sind, den man am Hof des Sonnenkönigs erwartet. Sie zahlen zwar die Zeche noch, aber die Hallen und Höfe und Erker und Besucherterrassen sind verwaist, und was einst für sie errichtet wurde, das ist in

ihren Augen nur noch etwas, das sie viel Geld kostet und von dem es nicht schade wäre, wenn man es einfach eines Tages bis auf die Grundmauern schleifen ließe. Die Gräben hinüber sind tiefer geworden, und es wird der Tag kommen, an dem der letzte Besucher mit einem enttäuschten Seufzer das Licht ausschaltet.

Ich hoffe, dass Kunst und Wissenschaft nicht dieses Schicksal erleiden werden, denn wir brauchen beide für unser Überleben als Menschen, und so will ich einen durchaus ernst gemeinten Vorschlag unterbreiten, der aus meiner eigenen Erfahrung stammt: Vor vielen Jahren erhielt ich einen Literaturpreis in Ahlen, der an eine Bedingung geknüpft war: Ich sollte das Preisgeld nur erhalten, wenn ich zehn Tage in einer Bergarbeiterfamilie zubrächte und für diese Zeit ihr Leben teilte. Was ich als Künstler aus diesem Aufenthalt später machen würde, blieb ganz mir überlassen. Am Anfang war ich skeptisch, und ich gebe zu, nur dorthin gefahren zu sein, weil ich die hohe Preissumme unbedingt haben wollte. Ich war ein junger Künstler und brauchte das Geld.

Was ich in diesen zehn Tagen über das Leben der Bergleute erfahren habe, möchte ich heute nicht mehr missen. Noch zwanzig Jahre später kommen mir einige dieser Erfahrungen immer wieder zugute, und ich weiß, dass ich wohl anders denken und handeln würde, hätte ich diese zehn Tage nicht erlebt.

Nun sterben unsere Bergleute langsam aus, und ob die wenigen, die es noch gibt, wirklich gern einen Wissenschaftler oder Künstler zu Besuch hätten, bezweifle ich. Aber Menschen gibt es ja genug – ihr Leben zu teilen und von ihnen zu erfahren, was sie bewegt, wie sie denken, wie sie ihre Zukunft gestalten wollen, was sie von Kunst oder Wissenschaft erwarten, das wäre für viele Künstler oder Wissenschaftler oder auch Politiker ein heilsamer Schock und vielleicht ein erster Schritt zu einer nachhaltigen Beziehung auf Augenhöhe. Vierzehn Tage bei einer alleinerziehenden Mutter, bei Russlanddeutschen im Getto, bei einem Langzeitarbeitslosen, auf dem Beifahrersitz eines LKWs zwischen Moskau und Madrid – das brächte Luft in manches Hirn und könnte Kunst und Wissenschaft nachhaltig verändern.

Vielleicht müsste ich dann nicht mehr so schlecht träumen.

Hans van Ooyen, Jahrgang 1954, lebt als freier Schriftsteller und Fotokünstler in Recklinghausen. Er veröffentlichte zahlreiche Erzählungen, Reportagen, Hörspiele und Fotokunstabände und wurde vielfach ausgezeichnet, z.B. mit dem Deutschen Kurzgeschichtenpreis, dem Literaturpreis der Stadt Aachen und dem Menantes Literaturpreis. Seine Portraitserie über die Männer der Sahara wurde im September 2009 in Beijing mit dem Humanity Photo Award von UNESCO und CFPA prämiert.

Gratulation

amos gratuliert zum Humanity Photo Award von Unesco und CFPA ... muss aus der Autorenangabe raus:

„Seine Portraitserie über die Männer der Sahara wurde im September 2009 in Beijing mit dem Humanity Photo Award von UNESCO und CFPA prämiert.“



Peter Strege

Schnitzel mit Laufmasche

– vom Planerplanen, klugen Menschen, überhöhter Vorwisseneitelkeit und der stillen Sehnsucht nach zentralistischer Geborgenheit –

Ein Zukunftskongress muss her! Die Besten sollen vordenenken und sagen wo, es lang gehen soll, oder sogar muss? (Das Einzige was muss ist: dass da ein Fragezeichen hingehört!)

Wenn schon eine planerische Gebietsreform sein soll, dann eben nach dem Gusto derer, die das Planen studiert haben!

Dass derweil Menschen im Delta ehemaliger Industrien und deren abfließenden Gewässern heimisch wurden ... für wen spielt das welche Rolle?

Endmoränenhaft spülen Schicksale buntes Menschentum an die Halden.

Vielsprachigkeit summt. Begegnungen sind unausweichlich. Strukturen überlagern sich und bilden Verkettungen und Konglomerate aus, die man so noch nie gesehen hat.

Vielfalt bedroht Einfalt!

Das Land der reglementierten Vor- und Schrebergärten leidet unter der Last fremdkultureller Besonderheiten. Stadtteile werden aufgegeben und organisieren ihre Eigenheiten. Für die ehemals dort Einheimischen bedeutet das Erinnern ehemaliger Heimat, dass sie vorab, als sie sich dessen noch nicht bewusst waren, dass sie gerne eine hätten.

Der Wünsche Konjunktiv ruft die, die es tatsächlich, nämlich heute, besser haben, auf den Plan. Das ist ihr Geschäft. Sie haben gelernt in Kriterien zu baden, können internationale Botschaften lesen und sind im workshop-eitlen Ringen um beste Lösungen erfahren. An den Neu-Einheimischen, den Angespülten, den Fremden, den Bunten, den Anderen geht diese professionelle Nachdenklichkeit vorbei.

Das Land hat unterschiedliche Atemtechniken.

Ähnlich der neuen Koch- und Küchenvielfalt.

Samstage werden nicht nur eingeläutet.

Hautfarben und Gerüche sprenkelten graues Einerlei, wenn es dies noch gäbe.

Der von niemanden erbetene Reichtum, exotische Bereicherung konkurriert mit amerikanisierten weitflächigen Parkplatzwüsten.

Den Terminals der Supermärkte machen die Nischenquellorte der Klein- und Kleinstladenversuche Konkurrenz.

Trinkhallen und Budenzauber feiern trotz liberalisierter Ladenzeiten ein gelebtes Chaos von Unzulänglichkeiten und (un)möglicher Bedarfsdeckung.

Wenn man es, das Chaos, wahrnehmen würde, wenn man es würdigen könnte und dies auch wollte, wenn die Deklinationen akademischen Vorwissens sich von der sprießenden Urwüchsigkeit, von der „wilden Natur“ eines aus fernen Erdenwinkeln stammenden ökonomischen Überlebenswillens, von dem, wie sich Süd- und Nordstädte „vermenseln“, wenn sich die Klugen und Besten davon verunsichern ließen und bei allen Fragezeichen sich ihrer reicher gewordenen Alltage dabei bewusst würden, dann macht es Sinn über die Vision einer nachhaltigen Metropole Ruhr nachzudenken.

So, wie es die „Grünen“ einfordern, ist mir der beklagte Fleckenteppich, dieser Haufen zusammenhangloser Planungsflicken, eine zusammengetackerte Städtereion 2030, lieber ... hat sie doch noch Luft zum Atmen für „vieler Arten Frau und Mann“ und Raum für Sonderlichkeiten und kuriose Nachbarschaft.

Peter Strege. ...

Ralf Syring

Strukturwandel auch in anderen Regionen:

Aus der Dominanz eines Staatskonzerns wird der wilde Wettbewerb von Abenteurern.

ZWURF

Es war eine kleine Meldung der Nachrichtenagentur Agence France Presse am 20. August 2009: 18 Tote beim Einsturz einer Diamantenmine. Ein Stollen auf dem Gelände der Société Minière de Bakwanga (MIBA) in Mbuji Mayi war eingestürzt. „Heimliche Diamantenschürfer sind in das Minenvieleck („Polygon minier“ nennt sich das Konzessionsgebiet der MIBA in Mbuji Mayi, R.S.) eingedrungen. Sie schürften so überstürzt, dass sie keine Rücksicht auf die Regeln der Ausbeutung nehmen“, sagte der Nachrichtenagentur zufolge Jean-Marie Kabuya von der Union der Handwerklichen Diamantenschürfer von Kasai (UCDAK). Und der Vorsitzende des Provinzrats der Diamantenbeschäftigten meinte nach AFP: „Diese Geheimen, die manchmal bis zu 30 m unter Tage gehen, haben sicherlich einen Stempel angestoßen, der die unterirdische Strecke hielt.“

„Willkommen in der Welthauptstadt der Diamanten“, begrüßten mich einige Kollegen, als ich kürzlich dort auf dem Flughafen ankam. Ich war neugierig auf diese Stadt, von der ich gelesen hatte, dass sie 1960, als die belgische Kolonie Kongo unabhängig wurde, knapp 30.000 Einwohner hatte. So sieht sie auch heute noch aus, wenn man vom Flughafen in die „Stadt“ fährt, von der man zuerst den MIBA-Stadtteil sieht. Heute sollen in dieser Agglomeration etwa 3 Millionen Menschen wohnen. Im Namen MIBA ist noch der Name der Stadt zur Zeit der Kolonie enthalten: Bakwanga. Die Arbeiter dieses Unternehmens, das aus Vorläufern der Kolonialzeit hervorging und 1973 verstaatlicht wurde, haben zeitweilig die Hälfte der Exporteinnahmen des Landes erwirtschaftet. Das Konzessionsgebiet war mit bis zu 78.000 km² etwa zweieinhalb Mal so groß wie die ehemalige Kolonialmacht Belgien. Das Mobutu-Regime erlaubte 1982 die handwerkliche Diamantenschürfung, was dazu beitrug, dass Mbuji Mayi zum Magneten für junge Menschen wurde, die hier Reichtum erhofften. Kabila-Vater, der die Führung bei Mobutus Sturz hatte, finanzierte seinen Krieg mit den Einnahmen der MIBA. Das Unternehmen, das heute zu 80% dem Staat gehört und zu 20% einer alten in Belgien ansässigen, aber überwiegend aus südafrikanischem Kapital (u.a. De Beers) gespeisten Gesellschaft namens Sibeka, befindet sich seither in schnellem Niedergang.

Heute liegt alles, worauf MIBA steht, still in Mbuji Mayi. Es gibt noch Angestellte. Arbeit haben im Wesentlichen noch die Wächter, die Tore und Schranken bewachen. Doch das „Polygon“ ist zu groß, um es rundherum bewachen zu können. Jene 18, die verschüttet wurden, weil sie „überstürzt“ arbeiteten und nicht auf die Regeln achteten, sind nicht allein. Es gibt auch andere, die sich mutig unter Tage wagen. Die meisten aber rackern sich im Tagebau ab. Rund um Mbuji Mayi gruppieren sich die Schlammflöcher wie Geschwüre. Alles sieht chaotisch und wuselig aus. Doch es gibt eine strenge Ordnung und Disziplin. Im wilden Wettbewerb zählt Stärke. Immer wieder werden die Schlammhaufen umgeschichtet. Der Ertrag ist gering, aber jeder hofft auf den alles verändernden Fund. Die, die sich unter Tage trauen im MIBA-Polygon,

hoffen, dass sie ihm schneller begegnen.

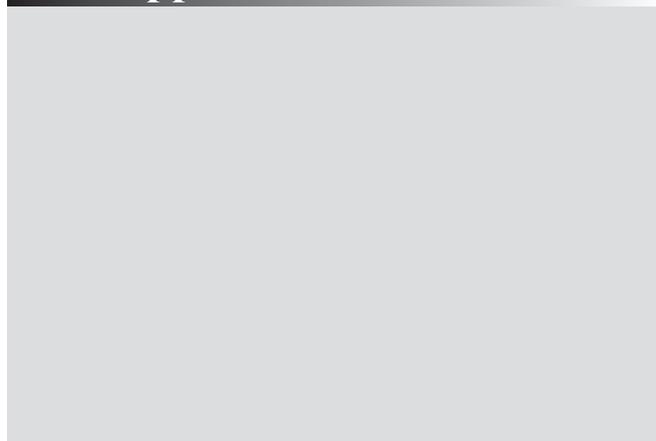
Nachts wird gehandelt. Da sitzen junge Männer zu Hunderten an kleinen Holztischen am Rand der Straße nach Süden nahe der Brücke über den Fluss. Irgendwo steht ein Generator. Auf jedem Tisch leuchtet eine kurze Neonröhre. Daneben liegt ein zumeist sehr kleines Häufchen farblos-weißer bis brauner Splitter – ich kann sie nicht unterscheiden von den Scherben zersplitterter Autoscheiben. Das ist es, was die meisten Menschen in dieser riesigen Agglomeration ernähren soll.

Nicht alle, die zum Einkommen beitragen, schürfen Diamanten oder handeln mit ihnen. Junge Frauen, viele noch Kinder, bieten den mutigen jungen Männern ihren Körper gegen ein kleines Entgelt, ein etwas größeres, wenn die Männer die Benutzung eines Kondoms verweigern. Die Männer der beiden Provinzen Ost- und West-Kasai haben den Ruf, besonders gewalttätig und frauenverachtend zu sein. Einige Kolleginnen erklären mir: „Traditionell haben die Frauen viel Macht bei uns und werden beschützt. Doch wegen seiner Rolle bei den Diamanten ist der Mann allmächtig geworden, auch im Haushalt. Er hat keine Achtung mehr vor den Frauen“

Ein Vertreter einer örtlichen Nicht-Regierungs-Organisation sagte nach dem Tod der 18 Diamantenschürfer, dass das Ereignis nicht außergewöhnlich sei: Jeden Monat kommen Diamantenschürfer um, durch den Einsturz von Strecken, Erdbeben oder durch Ertrinken.

Ralf Syring, Dr. med., geboren 1946 in Iserlohn, Studien der Ev.Theologie, Sozialwissenschaften und Medizin in Münster, Marburg, Amsterdam, Bochum, Düsseldorf und Essen. Berufsschullehrer in Gladbeck und Herne, Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin. Rundfunk- und Fernsehkorrespondent für IKON Hilversum. Arbeit in Nicaragua, El Salvador, Angola, Mozambique, Senegal und anderen afrikanischen Ländern. Für „medico international“ Anfang 2009 als Mitglied einer internationalen Medizinerdelegation in Gaza für „fact finding“. (siehe auch seinen Beitrag in AMOS 1|2009) Seit April 2009 in AIDS-HIV-Projekten in Ost-Kongo. Schreibt diesen Beitrag aus Kinshasa.

Lesetipp



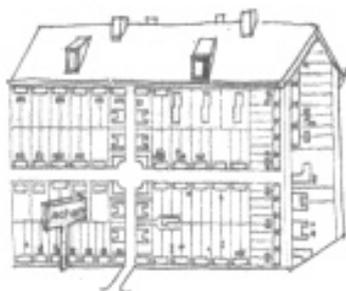
Sinie Hammink und Manfred Walz

Menschenorte 4:

Bergarbeitersiedlung Flöz Dickebank: bei Traudel Tomshöfer

Ihre Liebe zu blauweißen Blümchen entdeckte Traudel Tomshöfer schon als Kleinkind. Im Alter von 4 Jahren kam sie aus Bayern nach Gelsenkirchen und hat schon in ihrer Schulzeit das Kämpfen gelernt – und zwar erst einmal damit, sich die hiesige Sprache anzueignen.

„Seit meinem 17. Lebensjahr hatte ich eine Arbeitsstelle in der Verwaltung bei der Gelsenkirchener Bergwerks Aktiengesellschaft (GBAG) und konnte damals eine kleine Dachwohnung mieten. Mein Traum von einer Wohnung mit eigenem Garten ging aber erst Anfang 1972 in Erfüllung, als ich zufällig zu Fuß durch die Siedlung Flöz Dickebank ging und ich dort eine freie Wohnung der Rheinisch-Westfälischen Wohnstätten AG fand.“ (Diese Siedlung war schon 1868 für die Bergarbeiterfamilien der Zechen Holland, Alma und Rheinelbe mit dem ursprünglichen Namen „Ottlienaue“ gebaut worden.)



Manfred Walz

Jetzt konnte sie dort im Garten ein Blumenbeet anlegen, und zwar – als Fan von Schalke 04 – in den Farben Blau und Weiß. Aber schon kurz nach Einzug von Traudel mit ihrem Ehemann Hans-Georg fing der Kampf für den Erhalt der Siedlung an. Es sollten dort Hochhäuser entstehen. Die Bewohner gründeten eine Bürgerinitiative, in der

Traudel von Anfang an die führende Kraft war. Sie erkannte sofort das Politische ihres Lebenszusammenhangs und machte es zum Prinzip eines bis heute andauernden Kampfes.

Unterstützt wurde die Bürgerinitiative damals u.a. von einigen Planungsfachleuten und der damaligen Häuserkampf-bewegung bis hin zu Studenten der Filmakademie aus Berlin, die einen Dokumentarfilm drehten. „Pfarrer Kurt Struppek vom Gelsenkirchener Industrie- und Sozialpfarramt (ISPA) führte eine Bürgerbefragung durch, und auch mit seiner Hilfe fand 1976 sogar ein ‚Kongress zur Erhaltung von Arbeitersiedlungen‘ in Gelsenkirchen statt. Bis heute existiert eine enge politische Bindung zu diesem Amt. Pfarrer Dieter Heisig, der das Amt seit 1985 leitet, moderierte für uns noch vor Kurzem einen Gesprächsabend hier vor Ort mit Politikern, die für das Amt des Oberbürgermeisters kandidieren.“

„Wir konnten damals zwar erreichen, dass unsere Siedlung nicht abgerissen wurde, aber der Kampf ging weiter:

- gegen die Nachverdichtung, bzw. für den Erhalt der Gärten,
- gegen eine Luxusmodernisierung in eine bedarfsgerechte Modernisierung,

- gegen die geplante Privatisierung der Siedlung, was noch schlimmer als Abriss gewesen wäre, denn wenn die Häuser einzeln verkauft werden, wären die alten Mieter im Wege und ist es mit guter Nachbarschaft vorbei,
- vor Eigentümerwechsel von Viterra an die Deutsche Annington musste ein Moratorium geschaffen werden, damit die Siedlung aus dem gesamten Verkaufspaket ausgeschlossen wird; wir wollten eine bewohnerorientierte Genossenschaft gründen,
- und zuletzt gegen die von der Landesregierung angekündigte Aufhebung der Sperrfristen bei Wohnungskündigungen.“

Traudel ist in den letzten 37 Jahren mehr oder weniger nur zum Schlafen in ihrer Wohnung. Die Siedlung ist ihr Zuhause geworden. „Wir haben eine Sprache gesucht, die alle verstehen. Leute vor Ort haben ihre Erfahrungen erzählt und Intellektuelle haben davon geschrieben. Eine wahre gelebte Solidarität ist entstanden, in der öfters auch Essen und Trinken geteilt wird.“



Inzwischen hat die Initiative um Traudel sogar eine Wohnungsgenossenschaft gegründet, die „Genossenschaft Flöz Dickebank i.G.“ Es gibt 88 Häuser mit 328 Wohnungen, die von der Genossenschaft übernommen werden sollen. Außerdem steht die Siedlung seit 2008 unter Denkmalschutz, weshalb sie nicht mehr verkauft werden kann.

In einem Brief an die Genossenschaft schrieb der ehemalige Manager von Schalke 04, Rudi Assauer: „Die Wurzel von Schalke 04 und der Siedlung Flöz Dickebank ist der Bergbau ... Man muss kräftig am Ball bleiben.“

Also wird Traudel auch weiterhin blaue und weiße Blümchen in ihrem Garten mit den Wildkräutern kämpfen lassen ...

Sinie Hammink hat als Dipl.-Sozialarbeiterin von 1976 bis 2008, viele Jahre auch als MAV-Vorsitzende, beim Industrie- und Sozialpfarramt im Kirchenkreis Gelsenkirchen und Wattenscheid hauptamtlich gearbeitet.

Manfred Walz, ...

Wohntipp

Auf der Suche nach gemeinschaftlichem Zusammenwohnen – auch im Alter???

Das Mehrgenerationen-Wohnprojekt „buntStift“ in Bochum-Langendreer, Stiftstr. (u.a. mit Sinie Hammink und Manfred Walz) hat noch 107/62/51qm für Familie/Paar/Single, gerne auch älter, frei. | Etwas Eigenkapital für Genossenschaftsanteile notwendig. Ggf. WBS. | Tel. 02323/68027, www.dasbuntstift.de

Ai

E

D